Jahrgang

vom

bis

Hillgärtner,

Philipp

Landesarchiv Berlin
B Rep. 057-01
Nr.: 1424

1AR(RSHA)1342/64

Günther Nickel
Berlin SO 36

Ph 196

gr. A. DChz 2482/H8 Herrn Eberhard Unibada

gebr. gem. Vfg. vom 14.4.65

14. April 1965 Me

1 AR 123/63

P .....

Verstorben am .....

1

Personalien:

Name: Philipp H i l l g ä r t n e r

geb. am 3.3.1905 in Stockstadt,

wohnhaft in Stockstadt/Rh., Vorderstr. 47

Jetziger Beruf: Kaufmann

Letzter Dienstgrad: Sturmbannführer

Beförderungen:

am		zum	
am		zum	
am	11.9.1938	zum	H'Stuf.
am	1.2.1940	zum	Stubaf.
am		zum	
am		zum	

Kurzer Lebenslauf:

von	1911	bis	1928	Volksschule, Realschule, Reifeprü-
von		bis		fung, Verwaltungsdienst, Staats-
von		bis		examen, Tätigkeit im Hessischen
von		bis		Innenministerium,
von	1928	bis	1934	zur Polizeiabteikung abgeordnet,
von	1934	bis	1937	Polizeiverwaltungsinspektor,
von	1937	bis	1940	Referent Gestapa,
von	1940	bis	1943	Versetzung zur Wehrmacht anschließend
	1943		1944	zum Militärbefehls haber nach Paris
1944-1945 RSHA ab Büroleiter				Dienst beim „Bevollmächtigten des Deutsch. Reiches" in Dänemark.

Spruchkammerverfahren: Darmstadt 48/49 Ja/~~nein~~

Akt.Z.: nicht bekannt Ausgew.Bl.: .....

2

Bereits gegen den Beschuldigten anhängig gewesene Verfahren:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Als Zeuge bereits gehört in:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.:. . . .

Erwähnt von:

	Name	Aktenzeichen	Ausgew.Bl.
1)	. . . . .		
2)	. . . . .		
3)	. . . . .		
4)	. . . . .		
5)	. . . . .		
6)	. . . . .		
7)	. . . . .		
8)	. . . . .		
9)	. . . . .		
10)	. . . . .		

V 3

Hillgärtner Philipp 3.3.05 Stockstadt
(Name) (Vorname) (Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen 2. Nachtr.
Enthalten in Liste ...F-H.... unter Ziffer .....61.....

Ergebnis negativ - verstorben - wohnt ....1938..... in
(Jahr)

Berlin-Lankwitz, Frobenstr. 43

Lt. Mitteilung von SK ....., ZSt, WASt, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am: an: Antwort eingegangen:

b) am: an: Antwort eingegangen:

c) am: an: Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis
vom ..... in .....
Hochdahl, Vorderstr. 47
.....
.....

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung .....
vom ..... verstorben am: .....
in .....
Az.: .....

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

PP.Berlin - I 1 - KJ 1 - 16oo/63

(Name and address of requesting agency)

4

Berlin Document Center,
U.S. Mission Berlin
APO 742, U.S. Forces

Date: 21.2.64

1234960

It is requested that your records on the following named person be checked:

T-URGENT

Name: Hillgärtner Philipp.
Place of birth: Stockstadt/Rh.
Date of birth: 3.3.05
Occupation:
Present address: Bln.- Frobenstr. 43 (1944)
Other information:

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.) (Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	✓		7. SA			13. NS-Lehrerbund		
2. Applications			8. OPG			14. Reichsaerztekammer		
3. PK	✓		9. RWA			15. Party Census		
4. SS Officers	✓		10. EWZ			16		
5. RUSHA			11. Kulturkammer			17.		
6. Other SS Records			12. Volksgerichtshof			18. X	✓	

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Stubaf.u.PR zum AR befördert - Bef.Bl.52/42

X 1) 1. Bef. Bl. SD # 52/42 RSHA.
2) Philipp H. geb. 3.3.05
s. Org. Rosenberg St. 27 + 104

1) Unterl. bei Grün.
2) Fotokop. angefordert.
[illegible] 9/3.

Form AE/GER-205
(Sept. 62)

(Date Request Received) (Date Answer Transmitted)

FEB. 24 1964

Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Dienstgrad	Bef.-Dat.	Dienststellung	von	bis	h'amtl.
U'Stuf.		FA SD-Hauptamt	11.9.38.	–	
O'Stuf.					
Hpt'Stuf.	11.9.38.				
Stubaf.	1.3.40.				
O'Stubaf.					
Staf.					
Oberf.					
Brif.					
Gruf.					
O'Gruf.					

Eintritt in die SS: 28433. 78 009

Eintritt in die Partei: 1.8.32. 1230313

3.3.05

Philipp Hillgärtner

Größe: 176 Geburtsort: Stockstadt /Rh.

Anschrift und Telephon:

SS-Z.A. 64 597	Julleuchter
Winkelträger *	SA-Sportabzeichen *
Coburger Abzeichen	Olympia
Blutorden	Reiterabzeichen
Gold. H.J.-Abzeichen	Fahrabzeichen
Gold. Parteiabzeichen	Reichssportabzeichen * SV
Gauehrenzeichen	D.L.R.G.
Totenkopfring	SS-Leistungsabzeichen
Ehrendegen	

Dienststellung	von	bis	h'amtl.

SS- und Zivilstrafen:

Familienstand: Vh. 1.1.30.

Ehefrau: Katharina Gengnagel 20.1.05. Dahlheim

Mädchenname Geburtstag und -ort

Parteigenossin:

Tätigkeit in Partei:

Religion: (ev.) gottgl.

V.A.: 12.38

Kinder:

m.		w.	
1.	4.	1. 29.10.31.	4.
2.	5.	2. 18.1.36.	5.
3.	6.	3.	6.

Nationalpol. Erziehungsanstalt für Kinder:

Beruf: jetzt Amtsrat

erlernt Ob. Verw. Beamter

Arbeitgeber:

Volksschule 3. Kl.

Fach- od. Gew.-Schule

Handelsschule

Höhere Schule * VI.

Technikum

Hochschule

Fachrichtung: Verwaltungsakademie

Sprachen:

Führerscheine:

Ahnennachweis: Lebensborn:

Parteitätigkeit:

Stellung im Staat (Gemeinde, Behörde, Polizei, Industrie):
Mitgl. d. Finanzgerichts d. Landesfinanzamt Darmstadt

Freikorps: von bis

Stahlhelm:

Jungdo:

HJ:

SA:

SA-Res.:

NSKK:

NSFK:

Ordensburgen:

Arbeitsdienst:

Alte Armee:

Front:

Dienstgrad:

Gefangenschaft:

Orden und Ehrenzeichen: Svd. Med.

Verw.-Abzeichen:

Kriegsbeschädigt %:

Auslandtätigkeit:

Einbürgerung am

Deutsche Kolonien:

Besond. sportl. Leistungen:

SS-Schulen: von bis

Tölz

Braunschweig

Berne

Forst

Bernau

Dachau

Reichswehr:

Polizei:

Dienstgrad:

Reichsheer: 12.10.35.-7.12.35. Erg. Batl. 5 + Butzbach.
15.5.36 -11.7.36

Dienstgrad: Gefr. d. R.O.H

Kriegsbeorderung:

Aufmärsche:

Sonstiges:

12541

7

Dienstlaufbahn

des

Hillgärtner Philipp SS-Nr. 78 009

geboren: 3. März 1915 zu: Stockstadt/Rhein

1.	2.			3.	4.	5.
	Datum					
Lfd.Nr.	Jahr	Tag	Monat	Dienstgrad	Einheit	Art der Dienststellung
1	1938	11.	9.	SS-Hpt-Schf.	SD-Hs.-A.	F.i.
	1945.	1.	Jan.	Stubaf.	"	"

Mitglieds Nr. 1230313 Vor- und Zuname Heilgärtner Philipp

8

Geboren 3. 3. 05. Ort Stockstadt a/M.

Wohnung Bln Frobenstr. 43

Beruf [illegible] Ledig, verheiratet, verw.

Ortsgr. Braunes Haus Gau [illegible]

Eingetreten 1. AUG. 1932

Ausgetreten

Wiedereingetr.

Wohnung

Ortsgr. Gau

1.6.34 lt. Wohnung Darmstadt Stiftstr. 52

M.B. [illegible] Ortsgr. [illegible] Gau Hessen

Wohnung

Ortsgr. Gau

He. Na. 7. 37/15 (7)

Wohnung B-Lankwitz Frobenstr. 43

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Wohnung nicht mehr [illegible]

Ortsgr. Gau Berlin [illegible]

lt. Br. Haus Juni 38 Bl. 9 (2)

Lebenslauf:

Ich bin am 3. März 1905 in Stockstadt a.Rh. geboren als Sohn des am 15. Januar 1933 verstorbenen Werkmeisters Hermann Hillgärtner und dessen Ehefrau Margarethe geborene König und im evangelischen Glauben erzogen worden. In meinem Geburtsort besuchte ich drei Jahre lang die Volksschule und anschließend die Realschule in Gernsheim. Diese verließ ich Ostern 1922 mit der Reife für Unterprima.

Am 10. April 1922 trat ich als Anwärter für den gehobenen mittleren Verwaltungsdienst in die Beamtenlaufbahn ein. Nach Beendigung des dreijährigen Vorbereitungsdienstes unterzog ich mich im Jahre 1925 dem Staatsexamen im hessischen Staatsdienst, das ich mit Erfolg bestand. Nach mehrjähriger Verwendung als Verwaltungspraktikant bei den Kreisämtern Groß-Gerau, Alsfeld und Mainz wurde ich am 1. Mai 1928 an das hessische Ministerium des Innern versetzt.

Infolge meiner Zugehörigkeit zur Bewegung wurde ich nach der Machtübernahme

in die Polizeiabteilung versetzt, nachdem der größte Teil der leitenden Beamten der hessischen Polizei wegen politischer Unzuverlässigkeit zwangsbeurlaubt worden war.

Am 1. 10. 1933 wurde ich als Polizeiverwaltungsinspektor angestellt und am 1. Jan. 1934 zum Polizeiverwaltungsinspektor mit höherem Grundgehalt befördert.

Mit Wirkung vom 1. Jan. 1937 bin ich zum Geheimen Staatspolizeiamt versetzt worden, wo ich seit Dezember 1937 als Referent in der Abteilung III tätig bin. Seit 1. 10. 1937 bin ich Polizeioberinspektor.

Ich bin seit 1. März 1935 verheiratet und Vater von zwei Töchtern.

Der N.S.D.A.P. gehöre ich seit 1. 8. 1932 an, wo ich wegen meiner Zugehörigkeit zu dem von den Sozialdemokraten geleiteten Innenministerium, zunächst als Einzelmitglied geführt worden bin. Der SS gehöre ich seit April 1933 an. Bis zu meiner Versetzung nach Berlin war ich Zugführer und Sportreferent im Sturm 1/33 in Darmstadt.

Auf Vorschlag der Partei bin ich im Juni 1936 als Mitglied in das Finanzgericht bei dem Landesfinanzamt Darmstadt berufen worden. Infolge meiner Ver-

setzung mußte ich aus diesem aus-
scheiden.

Im Jahre 1935 und 1936 habe ich freiwillig meine Militärpflicht genügt. Nach Ableistung von zwei Übungen bin ich zum Gefreiten der Reserve und zum Offiziersanwärter d. R. ernannt worden. Die Teilnahme an weiteren Übungen war mir aus dienstlichen Gründen nicht möglich.

Nach jahrelanger aktiver sportlicher Betätigung habe ich das Reichssportabzeichen in Bronze und Silber und das S.A. Sportabzeichen in Bronze erworben.

Ich bin Inhaber des Führerscheins für alle Klassen.

Berlin, den 22. Sept. 1938.

Philipp Stillgärtner

1 AR (RSHA) 1342/ 64

V.

1. Vermerk

H i l l g ä r t n e r , der bisher nicht ermittelt werden konnte, war ab 1.6.37 beim Gestapa, Abt. III (Abwehrangelegenheiten) Nach der Liste der Leih-Verausgabungen, Bl.20 (1939/ 40) war er Angehöriger von Abt. III H (Einrichtung der Grenzpolizeikommissariate und Grenzpolizeiposten, Unterbringung, Materialbeschaffung, Ausrüstung, Bekleidung, körperliche und Waffenausbildung, Veranstaltung von Ausbildungskursen für die Grenzpolizei) In den Tel. Verz. des RSHA der Jahre 1942 und 1943 wird er nicht genannt. Lt. Bef.Bl. 52/ 42 war er Angehöriger des RSHA.
Spruchkammerverfahren: D.Lg 2482/ 48 Hess. Staatsarchiv

2. Spruchkammerakten D. Lg 2482/ 48 beim

Hessischen Staatsarchiv Wiesbaden
W i e s b a d e n

erfordern.

3. Frist: 31. I. 1965

B., d. 7. Jan. 1965

HESSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV

Tgb. Nr. 193/65/Str.

JUSTIZBEHÖRDEN 25.1.65 14-17 2. BERLIN-MOABIT

6200 Wiesbaden
Mainzer Straße 80
Tel. 5581, App. 395

An die
Staatsanwaltschaft
bei dem Kammergericht
1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

1 Akte

8 Abschriften DM Kost M.

Dat.: 22.1.1965

Betr.: Spruchkammerakten D.Lg. 2482/48 betr. Philipp Hillgärtner, geb. am 3.3.19o5

Bezug: Ihr Schreiben vom 7.1.1965 - 1 AR (RSHA) 1342/64 -

Auf Ihr o. a. Schreiben übersendet das Hess. Hauptstaatsarchiv die unten aufgeführten Akten und bittet um Vollziehung und Rücksendung der Empfangsbestätigung auf dem unteren Abschnitt dieses Blattes.

Die an Sie ausgeliehenen Akten dürfen nur zu dem in Ihrem Schreiben genannten dienstlichen Zweck von Ihnen benutzt und nur mit unserer ausdrücklichen Genehmigung an eine andere Behörde weiterverliehen werden. Gegebenenfalls bittet das Hess. Hauptstaatsarchiv um ein entsprechendes Schreiben mit der notwendigen Begründung Ihrerseits bzw. um einen Antrag der anfordernden Stelle.

Die Akten werden nach Beendigung der Benutzung an das Hess. Hauptstaatsarchiv zurückerbeten.

I. A.
(Strott)

V.

√1) Empfangsbestätigung absenden

/2) EMH-Anfrage nach Form Schr. Philipp Hillgärtner, geb. am 3.3.95 in Hochstadt, an das Bürgermeisteramt in Hochstadt a. Rh. letzte bek. Anschrift: Hochstadt a. Rh., Thälmannstr. 14!

3) 15. II 1965

29. JAN. 1965

Zu 1) EB ab
-1. Feb. 1965

Gf. 8.2.65
Zu 2) 370 s tac

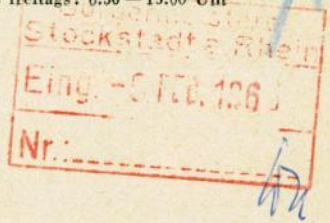
Kammergericht

Staatsanwaltschaft bei dem ~~Landgericht~~
- Arbeitsgruppe -
~~Amtsanwaltschaft~~

Berlin NW 21, den 29. Januar 1965
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11, App.: .....
Sprechstunden: Montags bis freitags: 8.30 — 13.00 Uhr

14

Gesch.-Nr.: 1 AR (RSHA) 1342/64
Bitte bei allen Schreiben angeben!



Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
de s

Philipp H i l l g ä r t n e r

geboren am 3. März 1905 in Stockstadt

zuletzt wohnhaft in Stockstadt a. Rh., Thälmannstraße 14

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und, sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An den
Herrn Polizeipräsidenten
Berlin-Tempelhof
Tempelhofer Damm 1 — 7

An das
Bürgermeisteramt

Stockstadt a. Rh.

Auf Anordnung

Justizangestellte

A F Str. 370 s
Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts oder der Wohnung einer Person.

StAT 20000 5. 62

256

Der Polizeipräsident in Berlin
Einwohnermeldeamt

II E M A / 76

Der Gemeindevorstand der
Gemeinde Stockstadt/Rhein

U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Berlin-Tempelhof, den
Tempelhofer Damm 1 — 7
Tel. 66 00 17, App. .....
intern (95) 42 31, App. 28.....

Die umseitig genannte Person ist

a) noch ~~wie angegeben~~ gemeldet — und wohnhaft ~~in~~ Stockstadt, Vorderstr.47

b) ~~am~~ ~~nach~~ ~~verzogen~~

~~Rückmeldung vom~~ ~~liegt — nicht — vor.*)~~

c) ~~am~~ ~~lt. Auszugsmitt. v.~~ ~~mit unbekanntem Verbleib verzogen.*)~~

d) ~~konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden.*)~~

e) ~~Notierung ist erfolgt.*)~~

Im Auftrage
Bürgermeister

*) Nichtzutreffendes streichen.

15

Abteilung I
I1 - KJ 2
Eingang: 17. FEB. 1965
Tgb. Nr.: 75 3/65
Krim. Kom.: 6
Sachbearb.:

1 AR (RSHA) 1342/64

Vfg.

1. Urschriftlich mit Personalheft und BA

dem

Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn KK Roggentin - o.V.i.A. -

unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 29. Juli 1964 mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung (Vernehmung des RSHA-Angehörigen zur Person und zu seiner Tätigkeit im RSHA) übersandt.

Berlin 21, den 15. FEB. 1965
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
Im Auftrage

[signature]

Erster Staatsanwalt

2. Frist : 2 Monate

1/ Tgb. L. eingetr.
4 6.4 [illegible] 17/2.

Le

I 1 - KI 2

Berlin, den 22.2.1965

16

Vermerk:

Von der Spruchkammerakte des Philipp Hilgärtner
Az. XXII/SV 2482 , wurden 6 Blatt fotokopiert.

Verbleib:

a) 4 Blatt Fotokopien im Personalheft, Blatt 17/20

b) 2 Blatt Fotokopien dem Personalheft beigelegt.

Nadas POW

Ay

Die Berufungskammer Darmstadt

Ber. Reg. Nr. Bk. Dst. 395/D.49.

Aktenzeichen 1. Instanz

Darmstadt, am 14. März 1949

17

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die Berufungskammer

bestehend aus

1. Präsident Pennrich als Vorsitzender
2. Walter Prondy, Seeheim als Beisitzer
3. Adam Michel, Darmstadt als Beisitzer
4. - als Beisitzer
5. - als öffentlicher Kläger
6. Gerti Gorisch als Protokollführer

gegen den Amtsrat Philipp Hillgärtner, geb. am 3.3.05 wohnhaft in Stockstadt a.Rh., Thälmannstr.14

auf Grund der mündlichen Verhandlung — im schriftlichen Verfahren — folgenden

SPRUCH:

1. Der Spruch der Spruchkammer Bergstrasse vom 29.4.1948 wird auf die Berufung des Betroffenen insofern abgeändert, als der Betroffene aufgrund des Art.17/Ziffer VIII des Befreiungsgesetzes in die Gruppe 4 der Mitläufer eingestuft wird.
2. Von der Auferlegung einer Geldsühne wird Abstand genommen.
3. Die Kosten des Verfahrens der ersten Instanz hat der Betroffene ganz, die der Berufungsinstanz zur Hälfte zu tragen. Die zweite Hälfte fällt der Staatskasse zur Last.
4. Der Streitwert wird auf RM 8.400,— festgesetzt, die Gebühr jedoch gemäss § 6 der GBO auf 3 % ermäßigt.

Begründung:

Der 46 jährige Betroffene war Verwaltungsbeamter und wohnt jetzt in seiner Heimat Stockstadt. Er hatte im Jahre 1925 die Prüfung für hessische Verwaltungs-Inspektoren abgelegt und damit die Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst nachgewiesen. Er fand auch in dieser Verwendung und war zur Zeit des politischen Umschwungs im Jahre 1933 auf der Registratur des hessischen Ministeriums des Innern tätig. Im Oktober 1933 wurde er dort planmässig angestellt und im Jahre 1937 durch Verfügung des Reichsministers des Innern zum

Hauptamt der Sicherheitspolizei in Berlin versetzt. Dort r
er rasch auf. Im Jahre 1940 wurde er zum Heere eingezogen
dann in den Kriegsverwaltungsdienst, war in Frankreich un
nemark tätig, wo er im Jahre 1943 den Leger Prüslev zuletz
irtschaftsangelegenheiten und später als selbständiger L
vorstand. Im Dezember 1944 wurde er wieder nach Berlin un
zum Amt V des Sicherheitshauptamtes, dem Reichs-Kriminalp
versetzt. Am 1.8.1932 war er in die Partei und im Jahre 1
die Allgemeine SS eingetreten. Er tat in dieser Gliederun
Dienst, sondern wurde nur auf dem Wege der Angleichung de
ten an die Dienstgrade der SS befördert. Zuletzt hatt
Rang eines Sturmbannführers.

Es war zunächst ein Verfahren gegen ihn in der britis
eingeleitet worden. Infolge seiner Überstellung in die a
sche Zone wurde dieses Verfahren jedoch nicht zu Ende ge

In der Auskunft des Polizeipräsidiums Darmstadt vom
- vergl. Blatt 3 der Akten - wird ihm nachgesagt, dass e
ner Dienststellung in dem hessischen Ministerium des Inn
1933 alles getan und vorbereitet hätte, um die Machterg
der Verwaltung reibungslos zu sichern. Er habe am 5.3.19
Initiative ergriffen und dafür gesorgt, dass die Übergab
Verwaltungsgeschäfte ohne Schwierigkeiten vor sich gehe

Der Öffentliche Kläger der Spruchkammer Darmstadt-
hob gegen ihn Klage mit dem Antrag auf Einstufung in di
der Minderbelasteten. Die Spruchkammer folgte aufgrund
licher Verhandlung am 29.4.1948 diesem Antrag. Demgemäß
der Betroffene in die Gruppe 3 der Minderbelasteten ein
Es wurden ihm eine Bewährungsfrist von 6 Monaten, eine
von RM 500,---, sowie die Sühnemassnahmen gemäss Art.17/
legt. Die Kammer ging hierbei von den Gesichtspunkten a
das Amt V des Reichssicherheitshauptamtes nicht zu den
schen Organisationen gehört habe, der Betroffene als B
mit dem Titel Amtsrat nur mit verwaltungstechnischen A
traut gewesen und der Rang eines Sturmbannführers auf
chung der Dienstgrade der Polizei an diejenigen der SS
führen sei, diese stelle daher keine materielle Belastu
Der Betroffene habe sich im übrigen korrekt benommen u
daher eine mildere Beurteilung am Platze. Der Spruch w
Betroffenen am 18.5.1948 zugestellt.

Gegen diese Entscheidung verfolgte er Berufung,
lo.6. verfaßt, aber nach dem Eingangsstempel erst am 2

19

Kammer einging. Der Betroffene macht geltend, dass er 3 Jahre lang interniert gewesen sei, seine gesamte Habe durch Feindeinwirkung verloren hätte und bittet um Einreihung in die Gruppe 4 der Mitläufer.

Der öffentliche Kläger der Berufungskammer stellt den Antrag, den Betroffenen gemäss § 2 des 2. Änderungsgesetzes zum BG vom 25.3.1948 in die Gruppe 4 der Mitläufer einzureihen und von weiteren Sühnemassnahmen abzusehen.

Die Berufung war in Anbetracht der vorliegenden Umstände als form-und fristgerecht zu betrachten. Es konnte ihr auch ein gewisser Erfolg nicht versagt bleiben.

Der Betroffene hat sich frühzeitig der NSDAP zugewandt. Er war als Beamter auf die Weimarer Republik vereidigt. Trotzdem gehörte er einer nationalsozialistischen Zelle im hessischen Ministerium des Innern an, obwohl er wußte, oder wissen mußte, dass die Bewegung den Umsturz, falls erforderlich, auch mit gewaltsamen Mitteln plante. Demgemäss wirkte er auch bei der Überleitung der Geschäfte an die nationalsozialistische Regierung an hervorragender Stelle mit, wie von den als Zeugen vernommenen früheren Polizeibeamten Richard C l ä s s und Johannes L o t t e r in Blatt 14 bzw. 15 der Akten bestätigt wird. Er tat die jedoch in völlig einwandfreier Weise, so dass diese Übergabe reibungslos vor sich ging. Im Anschluss an den Umsturz wurde er statt auf der Registratur bei der Buchhaltung beschäftigt und im Oktober 1933 planmässig angestellt. Diese Beförderung kann nicht als eine Nutznießerschaft im Sinne des BG betrachtet werden, da sie im Zuge der üblichen Personalpolitik erfolgte. Wenn er nun im Jahre 1937 durch Verfügung des Reichsministers des Innern zum Hauptamt der Sicherheitspolizei nach Berlin versetzt wurde, so ist das ein Beweis dafür, dass er in nationalsozialistischen Kreisen als absolut zuverlässig betrachtet wurde. Seine gerade Laufbahn - er wurde mit 37 Jahren bereits Amtsrat - zeugt davon, dass er das Vertrauen, das man in ihn setzte, auch rechtfertigte. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, dass seine Gesamthaltung durchaus anständig war und er den sturen Nazi nicht herauskehrte. Der Betroffene hat sich auch für eine Reihe von Antifaschisten, wie für die Gebrüder M ü h l b a c h und für die Polizeibeamten Heinrich M e y e r , Heinrich L e h m a n n und Johannes L o t t e r , die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gemaßregelt werden sollten, mehr oder weniger mit Erfolg eingesetzt. Inwieweit hierbei tei

20

weise ein sportlichen Interesse mitspielte - der Betroffene ... in Darmstädter Sportverein 98 führend - mag dahingestellt bl... ben. Jedenfalls konnte man ihm diese Gesichtspunkte zugute h... ten. Auch was über seine Tätigkeit in Berlin und in dem Lag... Früslov verlautete, ist nicht belastend für ihn. Die Spruchk... Darmstadt-Lager hat daher den Betroffenen mit Recht einer m... ren Beurteilung für würdig erachtet und ihn in die Gruppe d... derbelasteten eingereiht. Sie hat aber nicht in genügenden ... berücksichtigt, dass der Betroffene 3 Jahre lang in automat... Haft gewesen ist und dass ein Mißverhältnis zwischen den au... der Eingruppierung zu verhängenden Sühnemassnahmen und sein... herigen persönlichen und wirtschaftlichen Beschränkungen be... Der Betroffene hat sich auch nach Auskunft der Lagerleitung ... Wiederaufbauarbeiten eingesetzt, so dass auf die Anordnung ... Bewährungsfrist verzichtet werden kann. Aus den gleichen G... und auch mit Rücksicht auf seine ungünstigen wirtschaftlich... hältnisse erschien es angemessen, von der Auferlegung eine... sühne abzusehen. Gemäss Artikel 17 Ziff. VIII in der Fassu... 2. Änderungsgesetzes zum BC von 25.3.1948 konnte der Betro... ohne Nachverfahren sofort in die Gruppe der Mitläufer ein... werden. Eine unmittelbare Einstufung in diese Gruppe kon... nicht unwesentlichen Teilnahme des Betroffenen an Nationa... mus nicht in Frage.

Die Kostenregelung beruht auf § 5 der Gebührenordnung.

Der Streitwert wurde laut gesetzlicher Vorschrift nach ... höchsten Einkommen in den Jahren 1932, 1934, 1938, 1943 u... festgesetzt. Er darf bestimmungsgemäss nicht geändert wer... muss in RM erfolgen. Da aber nicht verkannt werden soll, ... der Betroffene hierdurch stark belastet werden würde, hat ... Berufungskammer von den Härtebestimmungen in § 6 der GNO ... gemacht und den Gebührensatz auf 3 % ermäßigt. Falls der ... ne nicht in der Lage sein sollte, die Kosten auf einmal z... so bleibt es ihm unbenommen, sich an die Vollstreckungsst... gen Ratenzahlungen zu wenden oder ein Gnadengesuch an den ... Minister für politische Befreiung zu richten.

Die Rechtskraft d. Spruches bescheinigt.
Darmstadt, am 14. März 1949

gez. Conrad
Urkundsbeamter

Der Vorsitzende
gez. Pennrich

F.d.R.d.A.
Darmstadt, am 14. März 1949

- C o n r a d -

21

F r a g e b o g e n

Betr.: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes (NSG)
(GStA b.d. KG Berlin - 1 AR 123/63 -)

Auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht in Berlin ist der auf Bl. 1 d.A. Genannte nach kurzer Schilderung seines persönlichen Lebenslaufs noch über nachstehende Fragen hinsichtlich seines Werdegangs, seiner Tätigkeiten im RSHA und der ehemaligen Vorgesetzten zu vernehmen:

1. Wann ist der Zeuge beim RSHA eingetreten?
2. Bei welcher Dienststelle (Amt/Referat) erfolgte der Eintritt?
3. Welchen Dienstgrad hatte er zur Zeit des Eintritts beim RSHA?
4. Ist der Zeuge während seiner Zugehörigkeit zum RSHA zu anderen Dienststellen (Ämter, Referate) versetzt worden? (Wenn ja, wann?)
5. Wie lautete die Bezeichnung der neuen Dienststelle, zu der der Zeuge versetzt worden ist?
6. Wann wurde der Zeuge während seiner RSHA-Zugehörigkeit befördert?
7. Welchen Dienstgrad hatte er in den einzelnen Dienststellen (Ämter/Referate)?
8. Welche Tätigkeiten hatte er in den von ihm genannten Dienststellen (Ämtern/Referaten) auszuführen?
9. Wer waren seine damaligen Vorgesetzten (hier ist anzugeben: Dienstgrad, Zuname, Vorname, Geburtstag und -ort, jetzige Wohnanschrift oder Verbleib)?
10. Welche Aufgaben hatten die Vorgesetzten wahrzunehmen?
11. Bestehen noch heute Verbindungen zu ehem. Kameraden?
12. Sind Anschriften ehem. Kameraden bekannt?
13. Ist der Zeuge in einem anderen Verfahren (Spruchkammer/Ermittlungsverfahren) als Beschuldigter oder Zeuge vernommen worden?
(Wann, wo bzw. war das Verfahren anhängig, in welcher Sache, Az., Ausgang des Verfahrens).
14. Sind Angehörige des Zeugen durch eine damalige Dienstverpflichtung zum RSHA gekommen?
(z.B. Ehefrau oder Verlobte wurde im Kriege dienstverpflichtet und ging als Schreibkraft zum RSHA)

Der Polizeipräsident in Berlin
I 1 - KI 2 - 1753/65

1 Berlin 42, den 11. 2. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 00 17 App. 2571

1. Tgb. vermerken : 23. FEB. 1965
2. UR mit 1 Personalheft und 1 Beiakte O.d.m. 697/64 z.H.v. KK Walther

dem
Hessischen Landeskriminalamt
- Abt. V/1 -SK-
z. H. von Herrn KK W a l t h e r
o. V. i. A.

62 **W i e s b a d e n**

Langgasse 36

Hess. Landeskriminalamt Wiesbaden
Eing.: - 1. MRZ. 1965

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 5.8.1964 mit der Bitte übersandt, die Vernehmung des auf Bl. 1 d.A. Genannten zu veranlassen. (gem. Fragebogen Bl. 21 d. A.)

Im Auftrage :

Lütke

23

Kriminalinspektion
- Darmstadt -

z.Z. Stockstadt/Rh., den 18. März 1965

In seiner Wohnung aufgesucht, macht der Kaufmann

Philipp H i l l g ä r t n e r ,
geb. 3.3.05 in Stockstadt/Rh.,
whft. Stockstadt/Rh.,
Vorderstraße 47,

mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht, folgende Angaben:

"In meinem Geburtsort Stockstadt besuchte ich 3 Jahre die Volksschule. Anschließend besuchte ich 8 Jahre die Realschule in Gernsheim/Rh. Diese verließ ich im Jahre 1922 mit der Primareife. Meinen Vorbereitungsdienst als Anwärter des gehobenen Dienstes (Verwaltungsdienst) absolvierte ich beim Landratsamt Groß - Gerau. 1925 legte ich mein Staatsexamen (Inspektorenprüfung) in Darmstadt ab. In der Zeit von 1925 bis 1928 war ich dann noch bei den Landratsämtern Mainz und Alsfeld. 1928 trat ich dann durch Versetzung meinen Dienst bei dem Hessischen Innenministerium in Darmstadt an. Bis zu meiner Versetzung nach Berlin im Jahre 1937 war ich bei dieser Behörde in der Registratur und der Buchhaltung beschäftigt. Im Jahre 1930 heiratete ich. Ich habe 2 Kinder. Während meiner Zeit beim HMdI in Darmstadt war ich dann später auch mit allgemeinen Angelegenheiten und dann mit Polizeiangelegenheiten beschäftigt. Verwaltungs/Ki
Von 1935 bis 1936 leistete ich dann meinen Militärdienst, d.h., einen eigentlichen Militärdienst versah ich nicht, ich nahm lediglich an 2 Übungen teil . (je 8 Wochen/Ki)
Mit Wirkung vom 1.1.37 wurde ich durch Versetzungsverfügung des Reichsinnenministers zum Chef der Sipo nach Berlin versetzt. Diese Versetzung kam nicht auf Grund einer Bewerbung meinerseits, sondern von amtswegen.
Auf mein Betreiben hin wurde ich dann im Jahre 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Ich kam als Gefreiter nach Frankreich und war in der Nähe von Besancon bei einem Infanterieregiment, ich glaube es war das Regiment 67, stationiert. Von dort aus wurde ich auf einen Truppenübungsplatz bei Frankfurt an der Oder verlegt.

24

Nach einigen Wochen wurde ich dann zum Militärbefehlshaber nach Paris als Kriegsverwaltungsamtmann versetzt. Meine Arbeit bestand in der Verwaltung des inneren Dienstes. Im Juli 1943 wurde ich von dort aus nach Dänemark zum"Bevollmächtigten des Deutschen Reiches" als Amtsrat versetzt. Meine Beförderung zum Amtsrat erhielt ich noch in Paris, ich war damit aus der Wehrmacht ausgeschieden. Nach einiger Zeit kam ich dann in das Internierungslager Horseröd als Verwaltungsführer und dann später als Leiter dieses Lagers. In diesem Lager waren führende dänische Persönlichkeiten aus Politik und Militär, später kamen dann dänische Widerstandskämpfer dazu. Dieses Lager ging dann später in das Lager Fröslev über.
Bis zu meiner erneuten Versetzung zum RSHA Berlin Ende Dezember 1944 leitete ich dieses Lager. Beim RSHA war ich dann in Abt. V - Reichskriminalamt - Büroleiter.

Im einzelnen möchte ich zu den an mich gerichteten Fragen folgendes angeben:

Zu 1: Eintritt beim RSHA am 1.1.37

Zu 2: Mein Eintritt erfolgte beim Amt I, Abt. 3.

Zu 3: Mein Dienstgrad beim Eintritt ins RSHA war Polizeiverwaltungsoberinspektor. Auf Grund der Angleichung an die SS - Dienstgrade war ich SS - Hauptsturmführer.

Zu 4: Während meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich nicht in andere Ämter oder Referate versetzt. Einen Auftrag zur Errichtung einer Geschäftsstelle beim Amt VI (Auslandsnachrichten) , den ich erhielt, konnte ich als geschulter Verwaltungsfachmann nicht verwirklichen, dessen war ich mir von vornherein klar. Deshalb betrieb ich meine Einberufung zum Heer. Der Grund für meinen Entschluß war der, daß ich mit meinen Prinzipien als Verwaltungsfachmann in Widerspruch mit den Angehörigen dieses Amtes geriet. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob ich zur Erfüllung dieser Aufgabe beim Amt VI nach dort versetzt oder abgeordnet war.

Zu 5: entfällt - siehe Frage 4 -

Zu 6: In der Zeit meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich am 1.10.37 zum Pol. Oberinspektor (auf Grund einer Besoldungsangleichung) und am 1.11.39 zum Polizeirat befördert.

25

Zu 7: Polizeiverwaltungsinspektor, Polizeiverwaltungsoberinspektor und Polizeirat. Die SS - Angleichungsdienstgrade sind mir nicht mehr geläufig. Ich weiß, daß ich SS - Hauptsturmführer und SS - Sturmbannführer war, und zwar hatte ich den letzteren Dienstgrad bei Kriegsende, nachdem ich, wie bereits angegeben, in Paris zum Amtsrat ernannt worden war.

Zu 8: Bei allen vorgenannten Dienststellen bzw. beim Amt I und Amt V des RSHA übte ich die Tätigkeit eines Geschäftsstellenleiters aus. Diese Aufgabe umfaßte den internen Verwaltungsbetrieb, die Urlaubskontrollen des Verwaltungspersonals, die interne Dienstaufsicht der Verwaltungsregistraturen.
Über meine Tätigkeit in Dänemark verweise ich auf das Vorhergesagte.

Zu 9: Meine damaligen Vorgesetzten waren:

1. Ministerialdirigent Dr. Werner B e s t , Leiter des Amtes I, Während meiner Zugehörogkeit von 1937-1940.
2. Ministerialrat oder -dirigent P a n z i n g e r , Leiter des Amtes V, während meiner Zugehörigkeit von 1944-1945.
3. Regierungsrat T r i n k l , Amt I, Personalabteilung, Referent.

Von den Genannten ist mir weder der jetzige Wohnort, noch deren Verbleib oder nähere Personalien bekannt.
Soweit mir bekannt ist, wohnt Dr. B e s t irgendwo im Ruhrgebiet.

Zu 10: Außer der Leitung des Amtes I bzw. V sind mir keine weiteren Aufgaben meiner Vorgesetzten bekannt.

Zu 11: Ich habe keinerlei Verbindungen zu ehem. Kameraden aus dem RSHA.

Zu 12: Mir sind keine Anschriften ehem. Kameraden aus dem RSHA bekannt, außer der Anschrift des vorerwähnten Leiters des Amtes I, die ich mittlerweile bei meinen Papieren gefunden habe. Danach wohnt Dr. B e s t heute in Mühlheim/Ruhr, Stinnesstraße 52.

Zu 13: Ich wurde in einem Spruchkammerverfahren vor der Spruchkammer Darmstadt - Lager nach 3jähriger Internierung im

26

Jahre 1948 als Beschuldigter in Gruppe 3 - Minderbelasteter - eingestuft. Das Spruchkammerverfahren war auf Grund meiner Zugehörigkeit zur NSDAP, SS und dem RSHA eingeleitet worden. Nach einer Berufungsverhandlung im Jahre 1949 wurde ich in die Gruppe 4 - Mitläufer - eingestuft.

Zu 14: Von mir sind keine Angehörigen auf Grund von Dienstverpflichtungen oder auf sonst irgend-eine Weise zum RSHA gekommen.

Ich habe meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Die Zeitangaben habe ich z. T. aus meinen Unterlagen entnehmen können, z.T. habe ich sie aus dem Gedächtnis angegeben. Es wäre deshalb ~~nicht~~ möglich, daß geringfügige zeitliche Verschiebungen vorliegen können, die aber in keiner Weise Einfluß auf das von mir Geschilderte haben.

Außer in meinem Spruchkammerverfahren und meiner heutigen Vernehmung wurde ich noch von keiner Dienststelle in irgend einem Ermittlungsverfahren - weder als Zeuge noch als Beschuldigter - vernommen.

Geschlossen: ....gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Reutzel
(Reutzel), KM.

Abteilung I
I 1 - KJ 2
Eingang: 31. MRZ. 1965
Tgb.-Nr.: 9. 453/65
Krim. Kom.: 6
Sachbearb.:

27

Der Polizeipräsident in Berlin
I 1 - KJ 2 - 753/65 -M-

1 Berlin 42, den 12. 4. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 0017, App. 25 71

1. Tgb. austragen: 13. APR. 1965

2. Urschriftlich mit Personalheft und 1 Beiakte
dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn ESTA S e v e r i n
-o.V.i.A.-

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

nach Erledigung des Ersuchens - Bl. 15 d.A. -
zurückgesandt.

Im Auftrage

Ma

28

1 AR (RSHA) 1342 /64

Zentrale Stelle
15. APR. 1965

Vfg.

1. V e r m e r k :

Nach den hier vorliegenden Unterlagen war der Betroffene im RSHA lediglich in ~~einem Referat~~ [illegible] (- [illegible] Amt I + V - III H) tätig, über ~~dessen Sachgebiet~~ die bisher belastende Erkenntnisse nicht vorliegen. Die polizeiliche Vernehmung des Betroffenen hat in dieser Richtung nichts Neues ergeben. Bei dieser Sachlage kommt für den Betroffenen die Einleitung eines Js-Verfahrens - zumindest zur Zeit - nicht in Betracht. Die Vernehmung des Betroffenen sowie die über ihn vorhandenen Unterlagen sind ausgewertet worden. Es ist daher zunächst nichts weiter zu veranlassen.

2. Beiakten P Js 2482/48 trennen.

~~3. Vorgang zum Sachkomplex vorlegen.~~
(Der Betroffene kommt als Zeuge in Betracht.)

4. Auf dem Vorblatt des Vorgangs vermerken, daß der dort Betroffene in der hier in Rede stehenden Überprüfungsakte (Bl.) genannt ist.

5. Als AR-Sache weglegen.

~~6. Herrn EStA. Severin mit der Bitte um Ggz.~~

Zu 2) BH gesch. 14. April 1965 [illegible]

Akteneingangsbuch Nr. 1301

3) Urschriftlich mit 1 Heft
der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen
~~Berlin, den~~ in Ludwigsburg
z. Hd. von Herrn EStA Dr. [illegible]
mit der Bitte um Kenntnisnahme und baldige Rückgabe. Gemäß Bl. 24 d.A. dürfte Hillgärtner für das dort gegen Dr. Best geführte Vermittlungsverfahren als Zeuge von Interesse sein.

4) 1 Monat.

Der Generalstaatsanwalt bei dem [illegible] 14. APR. 1965

i.A. [signature]

29

Eidesstattliche Erklärung.

Der Regierungsrat Willi T h o r n , geb. am 22.3.1903 zu Mainz, s.Zt. interniert im 6.Civ.Int.Camp Neuengamme, Int.No. 611 614, erklärt hiermit an Eidesstatt:

Ich bin mir der Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung bewusst und weiss, dass falsche Angaben bestraft werden. Mir ist bekannt, dass diese Erklärung zur Vorlage bei der Spruchkammer oder britischen Dienststellen dienen soll.

Ich erkläre, dass der Amtsrat Philipp H i l l g ä r t n e r geb. 3.3.1905, s.Zt. interniert im 6.Civ.Int.Camp, als Angehöriger des Reichsministerium des Innern -Hauptamt Sicherheitspolizei- auf Grund des Angleichungserlasses im Jahre 1938 entsprechend seiner Beamtendienstgrad SS-Führer wurde.

Seit meiner Zugehörigkeit zum Amt -1938- hat er an keinem SS-Dienst teilgenommen.

Neuengamme, den 28. Mai 1947.

Willi Thorn

6.-Regierungsrat im RMdI.
-Hauptamt Sicherheitspolizei-

Die vorstehende Unterschrift des Willi Thorn, geb.22.3.1903, ausgewiesen durch Internierten-ausweis mit Lichtbild No.611 614, ist heute von dem Genannten in meiner Gegenwart eigenhändig vollzogen worden.

Neuengamme, den 28. Mai 1947.

Lagereigene Rechtsberatungsstelle
II/6.Civ.Int.Camp.

31

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

4 AR-Z 1670/61

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 19.Mai 1965
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

EINSCHREIBEN

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin

-Arbeitsgruppe RSHA-

-1- Berlin -West

Kammergericht

Betr.: Philipp Hillgärtner

Bezug: Dortige Verfügung vom 14.4.1965
-1 AR (RSHA) 1342/64-

Beil.: 1 Heft Akten

Der oben bezeichnete Vorgang wird hiermit nach Kenntnisnahme zurückgegeben.

(Schüle)

V.
Als AR-Sache weglegen.
28. Mai 1965

I-A-KJ 2
Eingang: 25. AUG. 1965
Tgb. Nr.: 2583/65
Krim. Kom.: 6
Sachbearb.:

Kriminalinspektion
D a r m s t a d t

Darmstadt, 4. 10. 65

Vermerk:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes (NSG), GStA beim KG Berlin, 1 Js 10/65

Heute wurde der Kaufmann

Philipp H i l l g ä r t n e r ,
geb. am 3. 3. 1905 in Stockstadt,
wohnhaft daselbst, Vorderstraße 47,

in seinen Geschäftsräumen aufgesucht. Es war beabsichtigt, ihn im Sinne des Ersuchens des PP Berlin - I - A - KI 2 - 2737/65 - vom 6. 9. 65 (Bl. 32 der Beiakten) zu vernehmen. Nachdem er mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekanntgemacht worden war, gab er eine mündliche Erklärung des Inhalts ab, daß er im Jahre 1944 bis Ende Dezember in Dänemark gewesen sei und zu dem hier angeschnittenen Fragenkomplex keinerlei Angaben machen könne. Gleichzeitig verwies er auf seine Vernehmung vom 18. 3. 1965, in der er erschöpfende Angaben gemacht habe.

(Friedrichs)
KHM

1 AR (RSHA) 1342/64

Vfg.

IZEGB Nr. 2538
Zentrale Stelle
29. JAN. 1970
Ludwigsburg

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

der
Zentralen Stelle
der Landesjustizverwaltungen
z.Hd. von Herrn Staatsanwalt W a n t e r

714 L u d w i g s b u r g
Schorndorfer Straße 58

unter Bezugnahme auf das dortige Schreiben vom 12. Oktober 1964 - 10 AR 1310/63 (jetzt VI 415 AR 1310/63) - zur gefälligen Kenntnisnahme und Rückgabe nach Auswertung übersandt.

Berlin 21, den
Turmstraße 91 26. JAN. 1970

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -
Im Auftrage
Oberstaatsanwalt

2. 2 Monate.

---

1. Urschriftlich mit 1 Personalvorgang

dem
Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht
- Arbeitsgruppe -

1 B e r l i n 21
Turmstraße 91

nach Auswertung der Akten zurückgesandt.

Ludwigsburg, den 24.3.70

Schinkel, ESTA.

2. Hier austragen.

Sch

V.

✓1) Empfangsbestätigung absenden

✓2) EMA-Anfrage nach Ferm[?] Lehr. Philipp Hillgärtner,
geb. am 3.3.35 in Hochstadt, an das ~~Ein~~ Bürgermeisteramt
in Hochstadt a. Rh. letzte bek. Anschrift:
Hochstadt a. Rh., Thälmannstr. 14!

3) 15. II 1965

[illegible]

84. 8.2.65 [illegible]
Zu 2) 370 stac[?]

Zu 1) EB ab
-9. [illegible] 1965 [illegible]

Kammergericht

Staatsanwaltschaft bei dem ~~Landgericht~~
- Arbeitsgruppe -
~~Amtsanwaltschaft~~

Berlin NW 21, den 29. Januar 1965
Turmstraße 91
Fernruf: 35 01 11, App.: .....
Sprechstunden: Montags bis freitags 8.30 — 13.00 Uhr

Gesch.-Nr.: 1 AR (RSHA) 1342/64
Bitte bei allen Schreiben angeben!

JUSTIZBEHÖRDEN 12. DEZ. 1965 8-10 2. BERLIN-MOABIT

Stockstadt a. Rhein
Eing. - 9. DEZ. 1965
Nr.:

Es wird gebeten, Auskunft über — den Aufenthalt und die Wohnung —
des S

Philipp H i l l g ä r t n e r

geboren am 3. März 1905 in Stockstadt

zuletzt wohnhaft in Stockstadt a. Rh., Thälmannstraße 14

zu erteilen, evtl. die Anschrift durch Nachfrage bei den Angehörigen zu ermitteln.

~~Sollte d—— Gesuchte zur Zeit nicht zu ermitteln sein, so bitte ich, ihn — sie — dort vorzumerken und, sobald der Aufenthalt oder die Wohnung bekannt wird, dies hierher mitzuteilen.~~

An den
Herrn Polizeipräsidenten
Berlin-Tempelhof
Tempelhofer Damm 1 — 7

An das
Bürgermeisteramt
Stockstadt a. Rh.

Auf Anordnung
Schulz
Justizangestellte

A F Str. 370 s
Ersuchen um Ermittlung des Aufenthalts oder der Wohnung einer Person.
StAT 20000 5. 62

256

Der Polizeipräsident in Berlin
Einwohnermeldeamt

II E M A / 76

Berlin-Tempelhof, den
Tempelhofer Damm 1 — 7
Tel. 66 00 17, App. .....
intern (95) 42 31, App. 28.....

Der Gemeindevorstand der
Gemeinde Stockstadt/Rhein
U.

dem Einsender
zurückgesandt.

Die umseitig genannte Person ist

a) noch ~~wie angegeben~~ gemeldet — und wohnhaft ~~in~~ Stockstadt, Vorderstr.47

b) ~~am ..... nach .....~~ verzogen

Rückmeldung ~~vom .....~~ liegt ~~nicht~~ vor.*)

c) ~~am .....~~ lt. Auszugsmitt. v. ..... mit unbekanntem Ver~~bleib verzogen~~.*)

d) ~~konnte für Berlin (West) als gemeldet oder gemeldet gewesen nicht ermittelt werden~~.*)

e) ~~Notierung ist erfolgt~~.*)

~~Im Auftrage~~
Bürgermeister

*) Nichtzutreffendes streichen.

Abteilung I
I 1 - KJ 2
Eingang: 17. FEB. 1965 75/65
Tgb. Nr.: 6
Krim. Kom.:
Sachbearb.:

1 AR (RSHA) 1342/64

Vfg.

1. Urschriftlich mit Personalheft und BA

dem

Polizeipräsidenten in Berlin
- Abteilung I -
z.Hd. von Herrn KK Roggentin - o.V.i.A. -

unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 29. Juli 1964 mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung (Vernehmung des RSHA-Angehörigen zur Person und zu seiner Tätigkeit im RSHA) übersandt.

Berlin 21, den
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
Im Auftrage

Erster Staatsanwalt

2. Frist : 2 Monate

Le

I 1 - KI 2 Berlin, den 22.2. 1965

16

Vermerk:

Von der Spruchkammerakte des Philipp Hilgärtner
Az. XX II / SV 2482 , wurden 6 Blatt fotokopiert.

Verbleib:

a) 4 Blatt Fotokopien im Personalheft, Blatt 17/20

b) 2 Blatt Fotokopien dem Personalheft beigelegt.

Mathes POw

Ay

Die Berufungskammer Darmstadt

Ber. Reg. Nr. Bk. Dst. 399/D.49.

Aktenzeichen 1. Instanz

Darmstadt, am 14. März 1949

17

Auf Grund des Gesetzes zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus vom 5. März 1946 erläßt die Berufungskammer

bestehend aus

1. Präsident Penrich als Vorsitzender
2. Walter Trondy, Seeheim als Beisitzer
3. Adam Michel, Darmstadt als Beisitzer
4. - als Beisitzer
5. - als öffentlicher Kläger
6. Gertl Gorisch als Protokollführer

gegen den Amtsrat Philipp Hillgärtner, geb. am 7.3.05 wohnhaft in Stockstadt a. Rh., Schillerstr. 24

auf Grund der mündlichen Verhandlung — im schriftlichen Verfahren — folgenden

SPRUCH:

1. Der Spruch der Spruchkammer Bergstrasse vom 21.4.1948 wird auf die Berufung des Betroffenen insoweit abgeändert, als der Betroffene aufgrund des Art.17/Ziffer VIII des Befreiungsgesetzes in die Gruppe 4 der Mitläufer eingestuft wird.
2. Von der Auferlegung einer Geldsühne wird Abstand genommen.
3. Die Kosten des Verfahrens der ersten Instanz hat der Betroffene ganz, die der Berufungsinstanz zur Hälfte zu tragen. Die zweite Hälfte fällt der Staatskasse zur Last.
4. Der Streitwert wird auf RM 6.400,— festgesetzt, die Gebühr jedoch gemäss § 6 der GNO auf 3 ermässigt.

Begründung:

Der 46 jährige Betroffene war Verwaltungsbeamter und wohnt jetzt in seiner Heimat Stockstadt. Er hatte im Jahre 1925 die Prüfung für hessische Verwaltungs-Inspektoren abgelegt und erhielt die Bestätigung für den gehobenen Verwaltungsdienst zugebilligt. Er fand auch in dieser Verwendung und war zur Zeit des politischen Umschwungs im Jahre 1933 auf der Registratur des hessischen Ministeriums des Innern tätig. Im Oktober 1933 wurde er dort planmässig angestellt und im Jahre 1937 durch Verfügung des Reichsministers des Innern zum

- Tenor der Berufungskammer — 8000 1. 49 Bekker, Darmstadt

Hauptamt der Sicherheitspolizei in Berlin versetzt. Dort r
er rasch auf. Im Jahre 1940 wurde er zum Heere eingezogen
dann in den Kriegsverwaltungsdienst, war in Frankreich un
nemark tätig, wo er im Jahre 1943 dem Lager Fröslev zunäc
Wirtschaftsangelegenheiten und später als selbständiger L
vorstand. Im Dezember 1944 wurde er wieder nach Berlin un
zum Amt V des Sicherheitshauptamtes, dem Reichs-Kriminalp
versetzt. Am 1.8.1932 war er in die Partei und im Jahre 1
die Allgemeine SS eingetreten. Er tat in dieser Gliederu
Dienst, sondern wurde nur auf dem Wege der Angleichung de
beamten an die Dienstgrade der SS befördert. Zuletzt hat
Rang eines Sturmbannführers.

Es war zunächst ein Verfahren gegen ihn in der britis
eingeleitet worden. Infolge seiner Überstellung in die a
sche Zone wurde dieses Verfahren jedoch nicht zu Ende ge

In der Auskunft des Polizeipräsidiums Darmstadt vom
- vergl. Blatt 3 der Akten - wird ihm nachgesagt, dass e
ner Dienststellung in dem hessischen Ministerium des Inn
1933 alles getan und vorbereitet hätte, um die Machtergr
der Verwaltung reibungslos zu sichern. Er habe am 5.3.19
Initiative ergriffen und dafür gesorgt, dass die Übergab
Verwaltungsgeschäfte ohne Schwierigkeiten vor sich gehe

Der öffentliche Kläger der Spruchkammer Darmstadt-
hob gegen ihn Klage mit dem Antrag auf Einstufung in di
der Minderbelasteten. Die Spruchkammer folgte aufgrund
licher Verhandlung am 29.4.1948 diesem Antrag. Demgemäs
der Betroffene in die Gruppe 3 der Minderbelasteten ein
Es wurden ihm eine Bewährungsfrist von 6 Monaten, eine
von RM 500,--, sowie die Sühnemassnahmen gemäss Art.17/
legt. Die Kammer ging hierbei von den Gesichtspunkten
das Amt V des Reichssicherheitshauptamtes nicht zu den
schen Organisationen gehört habe, der Betroffene als P
mit dem Titel Amtsrat nur mit verwaltungstechnischen A
traut gewesen und der Rang eines Sturmbannführers auf
chung der Dienstgrade der Polizei an diejenigen der SS
führen sei, diese stelle daher keine materielle Belastu
Der Betroffene habe sich im übrigen korrekt benommen u
daher eine mildere Beurteilung am Platze. Der Spruch w
Betroffenen am 18.5.1948 zugestellt.

Gegen diese Entscheidung verfolgte er Berufung,
10.6. verfasst, aber nach dem Eingangsstempel erst am 2

Kammer einging. Der Betroffene macht geltend, dass er 3 Jahre lang interniert gewesen sei, seine gesundheitliche Lage durch Feindeinwirkung verloren hätte und bittet um Einreihung in die Gruppe 4 der Mitläufer.

Der öffentliche Kläger der Berufungskammer stellt den Antrag, den Betroffenen gemäss § 2 des 2. Änderungsgesetzes zum BG von 25.3.1948 in die Gruppe 4 der Mitläufer einzureihen und von weiteren Sühnemassnahmen abzusehen.

Die Berufung war in Anbetracht der vorliegenden Umstände als form- und fristgerecht zu betrachten. Es konnte ihr auch ein gewisser Erfolg nicht versagt bleiben.

Der Betroffene hat sich frühzeitig der NSDAP zugewandt. Er war als Beamter auf die Weimarer Republik vereidigt. Trotzdem gehörte er einer nationalsozialistischen Zelle im hessischen Ministerium des Innern an, obwohl er wusste, oder wissen musste, dass die Bewegung den Umsturz, falls erforderlich, auch mit gewaltsamen Mitteln plante. Demgemäss wirkte er auch bei der Überleitung der Geschäfte an die nationalsozialistische Regierung in hervorragender Stelle mit, wie von den als Zeugen vernommenen früheren Polizeibeamten Richard G l ä s s und Johannes L o t t e r in Blatt 14 bzw. 15 der Akten bestätigt wird. Er tat dies jedoch in völlig einwandfreier Weise, so dass diese Übergabe reibungslos vor sich ging. Im Anschluss an den Umsturz wurde er statt auf der Regierung bei der Buchhaltung beschäftigt und im Oktober 1933 planmässig angestellt. Diese Beförderung kann nicht als eine Gefälligkeit im Sinne des BG betrachtet werden, da sie im Zuge der üblichen Personalpolitik erfolgte. Wenn er nun im Jahre 1937 durch Verfügung des Reichsministers des Innern zum Hauptamt der Sicherheitspolizei nach Berlin versetzt wurde, so ist das ein Beweis dafür, dass er in nationalsozialistischen Kreisen als absolut zuverlässig betrachtet wurde. Seine weitere Laufbahn, er wurde mit 37 Jahren bereits Amtsrat - zeugt davon, dass er das Vertrauen, das man in ihn setzte, auch rechtfertigte. Es soll ohne weiteres zugegeben werden, dass seine Gesamthaltung durchaus anständig war und er den braunen Rock nicht herauskehrte. Der Betroffene hat sich auch für eine Reihe von Antifaschisten, wie für die Gebrüder H ü l s b e c k und für die Polizeibeamten Heinrich H ö y e r, Heinrich L o h m a n n und Johannes L o t t e r, die aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums gemassregelt werden sollten, mehr oder weniger mit Erfolg eingesetzt. Inwieweit hierbei tei-

welche ein sportlichen Interesse mitspielte - der Betroffene
in Darmstädter Sportverein 98 führend - mag dahingestellt bl
ben. Jedenfalls konnte man ihm diese Gesichtspunkte zugute h
ten. Auch was über seine Mitgliedschaft in Berlin und in dem Lag
Erbalov verlautete, ist nicht belastend für ihn. Die Spruchk
Darmstadt-Lager hat daher den Betroffenen mit Recht einer u
ren Beurteilung für würdig erachtet und ihn in die Gruppe d
derbelasteten eingereiht. Sie hat aber nicht in genügenden
berücksichtigt, dass der Betroffene 3 Jahre lang in autom
Haft gewesen ist und dass ein Mißverhältnis zwischen den a
der Eingruppierung zu verhängenden Sühnemassnahmen und sei
herigen persönlichen und wirtschaftlichen Beschränkungen b
Der Betroffene hat sich auch nach Auskunft der Lagerleitung
wiederaufbauarbeiten eingesetzt, so dass auf die Anordnung
Bewährungsfrist verzichtet werden kann. Aus den gleichen G
und auch mit Rücksicht auf seine ungünstigen wirtschaftlic
Hältnisse erschien es angemessen, von der Auferlegung einer
sühne abzusehen. Gemäss Artikel 17 Ziff. VIII in der Fassu
2. Änderungsgesetzes zum BC vom 25.3.1948 konnte der Betro
ohne Nachverfahren sofort in die Gruppe der Mitläufer ein
werden. Eine unmittelbare Einstufung in diese Gruppe kon
nicht unwesentlichen Teilnahme des Betroffenen an Nationa
war nicht in Frage.

Die Kostenregelung beruht auf § 5 der Gebührenordnung.

Der Streitwert wurde laut gesetzlicher Vorschrift nach
höchsten Einkommen in den Jahren 1932, 1934, 1938, 1943 w
festgesetzt. Er darf bestimmungsgemäss nicht geändert wer
muss in RM erfolgen. Da aber nicht verkannt werden soll,
der Betroffene hierdurch stark belastet werden würde, hat
Berufungskammer von den Härtebestimmungen in § 6 der Gebü
gemacht und den Gebührensatz auf 5 % ermässigt. Falls der
ne nicht in der Lage sein sollte, die Kosten auf einmal
so bleibt es ihm unbenommen, sich an die Vollstreckungsbe
gen Ratenzahlungen zu wenden oder ein Gnadengesuch an den
Minister für politische Befreiung zu richten.

Der Vorsitzende
gez. Pennrich

Die Rechtskraft d. Spruches bescheinigt
Darmstadt, am 14. März 1949

gez. Conrad
Urkundsbeamter

F.d.R.d.A.
Darmstadt, am 14. März 1949

Conrad -

F r a g e b o g e n

Betr.: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes (NSG)
(GStA b.d. KG Berlin - 1 AR 123/63 -)

Auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht in Berlin ist der auf Bl. 1 d.A. Genannte nach kurzer Schilderung seines persönlichen Lebenslaufs noch über nachstehende Fragen hinsichtlich seines Werdegangs, seiner Tätigkeiten im RSHA und der ehemaligen Vorgesetzten zu vernehmen:

1. Wann ist der Zeuge beim RSHA eingetreten?
2. Bei welcher Dienststelle (Amt/Referat) erfolgte der Eintritt?
3. Welchen Dienstgrad hatte er zur Zeit des Eintritts beim RSHA?
4. Ist der Zeuge während seiner Zugehörigkeit zum RSHA zu anderen Dienststellen (Ämter, Referate) versetzt worden? (Wenn ja, wann?)
5. Wie lautete die Bezeichnung der neuen Dienststelle, zu der der Zeuge versetzt worden ist?
6. Wann wurde der Zeuge während seiner RSHA-Zugehörigkeit befördert?
7. Welchen Dienstgrad hatte er in den einzelnen Dienststellen (Ämter/Referate)?
8. Welche Tätigkeiten hatte er in den von ihm genannten Dienststellen (Ämtern/Referaten) auszuführen?
9. Wer waren seine damaligen Vorgesetzten (hier ist anzugeben: Dienstgrad, Zuname, Vorname, Geburtstag und -ort, jetzige Wohnanschrift oder Verbleib)?
10. Welche Aufgaben hatten die Vorgesetzten wahrzunehmen?
11. Bestehen noch heute Verbindungen zu ehem. Kameraden?
12. Sind Anschriften ehem. Kameraden bekannt?
13. Ist der Zeuge in einem anderen Verfahren (Spruchkammer/Ermittlungsverfahren) als Beschuldigter oder Zeuge vernommen worden?
(Wann, wo bzw. war das Verfahren anhängig, in welcher Sache, Az., Ausgang des Verfahrens).
14. Sind Angehörige des Zeugen durch eine damalige Dienstverpflichtung zum RSHA gekommen?
(z.B. Ehefrau oder Verlobte wurde im Kriege dienstverpflichtet und ging als Schreibkraft zum RSHA)

Der Polizeipräsident in Berlin
I 1 - KI 2 - 1753/65

Berlin 42, den 24. 2. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 00 17 App. 2571

1. Tgb. vermerken : 25. FEB. 1965
2. UR mit 1 Personalheft und 1 Beiakte

dem
Hessischen Landeskriminalamt
- Abt. V/1 -SK-
z. H. von Herrn KAK Walther
o. V. i. A.

62 Wiesbaden

Langgasse 36

1. MÄRZ 1965

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 5.8.1964 mit der Bitte übersandt, die Vernehmung des auf Bl. 1 d.A. Genannten zu veranlassen. (gem. Fragebogen Bl. 21 d. A.)

Im Auftrage :

Lietze

Kriminalinspektion
- Darmstadt -

z.Z. Stockstadt/Rh., den 18. März 1965

In seiner Wohnung aufgesucht, macht der Kaufmann

Philipp H i l l g ä r t n e r ,
geb. 3.3.05 in Stockstadt/Rh.,
whft. Stockstadt/Rh.,
Vorderstraße 47,

mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht, folgende Angaben:

"In meinem Geburtsort Stockstadt besuchte ich 3 Jahre die Volksschule. Anschließend besuchte ich 8 Jahre die Realschule in Gernsheim/Rh. Diese verließ ich im Jahre 1922 mit der Primareife. Meinen Vorbereitungsdienst als Anwärter des gehobenen Dienstes (Verwaltungsdienst) absolvierte ich beim Landratsamt Groß - Gerau. 1925 legte ich mein Staatsexamen (Inspektorenprüfung) in Darmstadt ab. In der Zeit von 1925 bis 1928 war ich dann noch bei den Landratsämtern Mainz und Alsfeld. 1928 trat ich dann durch Versetzung meinen Dienst bei dem Hessischen Innenministerium in Darmstadt an. Bis zu meiner Versetzung nach Berlin im Jahre 1937 war ich bei dieser Behörde in der Registratur und der Buchhaltung beschäftigt. Im Jahre 1930 heiratete ich. Ich habe 2 Kinder. Während meiner Zeit beim HMdI in Darmstadt war ich dann später auch mit allgemeinen Angelegenheiten und dann mit Polizeiangelegenheiten beschäftigt.
Von 1935 bis 1936 leistete ich dann meinen Militärdienst, d.h., einen eigentlichen Militärdienst versah ich nicht, ich nahm lediglich an 2 Übungen teil .
Mit Wirkung vom 1.1.37 wurde ich durch Versetzungsverfügung des Reichsinnenministers zum Chef der Sipo nach Berlin versetzt. Diese Versetzung kam nicht auf Grund einer Bewerbung meinerseits, sondern von amtswegen.
Auf mein Betreiben hin wurde ich dann im Jahre 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Ich kam als Gefreiter nach Frankreich und war in der Nähe von Besancon bei einem Infanterieregiment, ich glaube es war das Regiment 67, stationiert. Von dort aus wurde ich auf einen Truppenübungsplatz bei Frankfurt an der Oder verlegt.

24

Nach einigen Wochen wurde ich dann zum Militärbefehlshaber nach Paris als Kriegsverwaltungsamtmann versetzt. Meine Arbeit bestand in der Verwaltung des inneren Dienstes. Im Juli 1943 wurde ich von dort aus nach Dänemark zum"Bevollmächtigten des Deutschen Reiches" als Amtsrat versetzt. Meine Beförderung zum Amtsrat erhielt ich noch in Paris, ich war damit aus der Wehrmacht ausgeschieden. Nach einiger Zeit kam ich dann in das Internierungslager Horserød als Verwaltungsführer und dann später als Leiter dieses Lagers. In diesem Lager waren führende dänische Persönlichkeiten aus Politik und Militär, später kamen dann dänische Widerstandskämpfer dazu. Dieses Lager ging dann später in das Lager Fröslev über.
Bis zu meiner erneuten Versetzung zum RSHA Berlin Ende Dezember 1944 leitete ich dieses Lager. Beim RSHA war ich dann in Abt. V - Reichskriminalamt - Büroleiter.

Im einzelnen möchte ich zu den an mich gerichteten Fragen folgendes angeben:

Zu 1: Eintritt beim RSHA am 1.1.37

Zu 2: Mein Eintritt erfolgte beim Amt I, Abt. 3.

Zu 3: Mein Dienstgrad beim Eintritt ins RSHA war Polizeiverwaltungs~~sch~~inspektor. Auf Grund der Angleichung an die SS - Dienstgrade war ich SS - Hauptsturmführer?

Zu 4: Während meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich nicht in andere Ämter oder Referate versetzt. Einen Auftrag zur Errichtung einer Geschäftsstelle beim Amt VI (Auslandsnachrichten) , den ich erhielt, konnte ich als geschulter Verwaltungsfachmann nicht verwirklichen, dessen war ich mir von vornherein klar. Deshalb betrieb ich meine Einberufung zum Heer. Der Grund für meinen Entschluß war der, daß ich mit meinen Prinzipien als Verwaltungsfachmann in Widerspruch mit den Angehörigen dieses Amtes geriet. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob ich zur Erfüllung dieser Aufgabe beim Amt VI nach dort versetzt oder abgeordnet war.

Zu 5: entfällt - siehe Frage 4 -

Zu 6: In der Zeit meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich am 1.10.37 zum Pol. Oberinspektor (auf Grund einer Besoldungsangleichung) und am 1.11.39 zum Polizeirat befördert.

25

Zu 7: Polizeiverwaltungsinspektor, Polizeiverwaltungsoberinspektor und Polizeirat. Die SS - Angleichungsdienstgrade sind mir nicht mehr geläufig. Ich weiß, daß ich SS - Hauptsturmführer und SS - Sturmbannführer war, und zwar hatte ich den letzteren Dienstgrad bei Kriegsende, nachdem ich, wie bereits angegeben, in Paris zum Amtsrat ernannt worden war.

Zu 8: Bei allen vorgenannten Dienststellen bzw. beim Amt I und Amt V des RSHA übte ich die Tätigkeit eines Geschäftsstellenleiters aus. Diese Aufgabe umfaßte den internen Verwaltungsbetrieb, die Urlaubskontrollen des Verwaltungspersonals, die interne Dienstaufsicht der Verwaltungsregistraturen.
Über meine Tätigkeit in Dänemark verweise ich auf das Vorhergesagte.

Zu 9: Meine damaligen Vorgesetzten waren:

1. Ministerialdirigent Dr. Werner B e s t , Leiter des Amtes I, Während meine Zugehörogkeit von 1937-1940.
2. Ministerialrat oder -dirigent P a n z i n g e r , Leiter des Amtes V, während meiner Zugehörigkeit von 1944-1945.
3. Regierungsrat T r i n k l , Amt I, Personalabteilung, Referent.

Von den Genannten ist mir weder der jetzige Wohnort, noch deren Verbleib oder nähere Personalien bekannt.
Soweit mir bekannt ist, wohnt Dr. B e s t irgendwo im Ruhrgebiet.

Zu 10: Außer der Leitung des Amtes I bzw. V sind mir keine weiteren Aufgaben meiner Vorgesetzten bekannt.

Zu 11: Ich habe keinerlei Verbindungen zu ehem. Kameraden aus dem RSHA.

Zu 12: Mir sind keine Anschriften ehem. Kameraden aus dem RSHA bekannt, außer der Anschrift des vorerwähnten Leiters des Amtes I, die ich mittlerweile bei meinen Papieren gefunden habe. Danach wohnt Dr. B e s t heute in Mühlheim/Ruhr, Stinnesstraße 52.

Zu 13: Ich wurde in einem Spruchkammerverfahren vor der Spruchkammer Darmstadt - Lager nach 3jähriger Internierung im

26

Jahre 1948 als Beschuldigter in Gruppe 3 - Minderbelasteter - eingestuft. Das Spruchkammerverfahren war auf Grund meiner Zugehörigkeit zur NSDAP, SS und dem RSHA eingeleitet worden. Nach einer Berufungsverhandlung im Jahre 1949 wurde ich in die Gruppe 4 - Mitläufer - eingestuft.

Zu 14: Von mir sind keine Angehörigen auf Grund von Dienstverpflichtungen oder auf sonst irgend-eine Weise zum RSHA gekommen.

Ich habe meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Die Zeitangaben habe ich z. T. aus meinen Unterlagen entnehmen können, z.T. habe ich sie aus dem Gedächtnis angegeben. Es wäre deshalb ~~nicht~~ möglich, daß geringfügige zeitliche Verschiebungen vorliegen können, die aber in keiner Weise Einfluß auf das von mir Geschilderte haben.

Außer in meinem Spruchkammerverfahren und meiner heutigen Vernehmung wurde ich noch von keiner Dienststelle in irgend einem Ermittlungsverfahren - weder als Zeuge noch als Beschuldigter - vernommen.

Geschlossen: ....gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

Reutzel
(Reutzel), KM.

Allgaier

Abteilung I
I 1 - KJ 2
Eingang: 31. MRZ. 1965
Tgb.-Nr.: Z. 153/65
Krim.-Kom.: 6
Sachbearb.:

27

Der Polizeipräsident in Berlin
I 1 - KJ 2 - ~~753/65 -N-~~

1 Berlin 42, den 12. 4. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 0017, App. 25 71

1. Tgb. austragen: 13. APR. 1965

2. Urschriftlich mit Personalheft und 1 Beiakte
dem

Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht
z.H. von Herrn ESTA S e v e r i n
-o.V.i.A.-

1 B e r l i n 21
Turmstr. 91

nach Erledigung des Ersuchens - Bl. 15 d.A. -
zurückgesandt.

Im Auftrage

Ma

28

1 AR (RSHA) 1342 /64

Zentrale Stelle
15. APR. 1965

Vfg.

1. V e r m e r k :

Nach den hier vorliegenden Unterlagen war der Betroffene im RSHA lediglich in ~~einem Referat~~ [illegible] (- [illegible] -IV-III H) tätig, über ~~dessen Sachgebiet~~ die bisher belastende Erkenntnisse nicht vorliegen. Die polizeiliche Vernehmung des Betroffenen hat in dieser Richtung nichts Neues ergeben. Bei dieser Sachlage kommt für den Betroffenen die Einleitung eines Js-Verfahrens - zumindest zur Zeit - nicht in Betracht. Die Vernehmung des Betroffenen sowie die über ihn vorhandenen Unterlagen sind ausgewertet worden. Es ist daher zunächst nichts weiter zu veranlassen.

2. Beiakten [illegible] 2482/48 trennen.

~~3. Vorgang zum Sachkomplex vorlegen.~~
~~(Der Betroffene kommt als Zeuge in Betracht.)~~

~~4. Auf dem Vorblatt des Vorgangs vermerken, daß der dort Betroffene in der hier in Rede stehenden Überprüfungsakte (Bl.) genannt ist.~~

~~5. Als AR-Sache weglegen.~~

~~6. Herrn EStA. Severin mit der Bitte um Ggz.~~

Zu 2) BH gesch.
16. April 1965
Akteneingangsbuch Nr. 13101

3) Urschriftlich mit 1 Heft
der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen
~~Berlin, den~~ in Ludwigsburg
z.Hd. von Herrn EStA Dr. [illegible]
mit der Bitte um Kenntnisnahme und baldige Rückgabe. Gemäß Bl. 24 d.A. dürfte [illegible] für das dort gegen Dr. Best geführte Ermittlungsverfahren als Zeuge von Interesse sein.

4) 1 Monat.

i.A. [illegible]

Eidesstattliche Erklärung.

Der Regierungsrat Willi T h o r n , geb. am 22.3.1903 zu Mainz, z.Zt. interniert im 6.Civ.Int.Camp Neuengamme, Int.No. 611 614, erklärt hiermit an Eidesstatt:

Ich bin mir der Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung bewusst und weiss, dass falsche Angaben bestraft werden. Mir ist bekannt, dass diese Erklärung zur Vorlage bei der Spruchkammer oder britischen Dienststellen dienen soll.

Ich erkläre, dass der Amtsrat Philipp H i l l g ä r t n e r geb. 3.3.1905, z.Zt. interniert im 6.Civ.Int.Camp, als Angehöriger des Reichsministerium des Innern -Hauptamt Sicherheitspolizei- auf Grund des Angleichungserlasses im Jahre 1938 entsprechend seinem Beamtendienstgrad SS-Führer wurde.

Seit seiner Zugehörigkeit zum Amt -1938- hat er an keinem SS-Dienst teilgenommen.

Neuengamme, den 28. Mai 1947.

Willi Thorn

b.-Regierungsrat im RMdI.
-Hauptamt Sicherheitspolizei-

Die vorstehende Unterschrift des Willi Thorn, geb.22.3.1903, ausgewiesen durch Interniertenausweis mit Lichtbild No.611 614, ist heute von dem Genannten in meiner Gegenwart eigenhändig vollzogen worden.

Neuengamme, den 28. Mai 1947.

[signature]
Lagereigene Rechtsberatungsstelle
II/6.Civ.Int.Camp.

Dr. Christian Baumann
Oberregierungsrat im
RMdJ-Hauptamt Sicher-
heitspolizei-Int.Nr. 30118c.

Darmstadt, den 25. März 1948.

Eidesstattliche Erklärung.

Die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung ist mir bekannt. Jch weiss, dass die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist. Mir ist auch bekannt, dass diese Versicherung im Spruchkammerverfahren des Amtsrats Philipp Hillgärtner verwendet werden soll.

Philipp Hillgärtner war in den Jahren 1937 - 1940 im Reichsministerium des Jnnern (Hauptamt Sicherheitspolizei) tätig. Vorher war er in gleicher Eigenschaft als Verwaltungsbeamter im Hessischen Jnnenministerium (Landesregierung) beschäftigt. Seine Dienstobliegenheiten im Hauptamt Sicherheitspolizei waren ausschliesslich die eines Verwaltungsbeamten, wie dies ja auch seiner Vorbildung entsprach.

Bis zum Beginn seiner Tätigkeit in Berlin besass Hillgärtner einen SS Unterführerdienstgrad der allg. SS Mit Beginn seiner Tätigkeit im Hauptamt Sicherheitspolizei (R.M.d.J.) kam Hillgärtner in die "Sonderformation SD" der SS und wurde im Rahmen dieser Formation seinem beamtenmässigen Werdegang entsprechend auch SS mässig angeglichen. Grundlage hierzu bot der "Dienstgradangleichungserlass". Zu bemerken ist, dass die Zugehörigkeit zur Sonderformation SD mit keinerlei SS Dienst verbunden war.

Jm Jahre 1940 wurde Hillgärtner Soldat.

Dr. Christian Baumann

Vorstehende Unterschrift des Dr. Chr. Baumann ist in meinem Beisein von dem Genannten eigenhändig vollzogen worden.

Darmstadt, den 16. April 1948

Deutsches Internierungslager
Darmstadt
Lagerselbstverwaltung
Hauptlagerrat

DER VORSITZ... DES
HAUPTLAGERRATES

I.V.

[illegible]

31

Zentrale Stelle
der Landesjustizverwaltungen

4 AR-Z 1670/61

Bei Antwortschreiben Aktenzeichen angeben

714 Ludwigsburg, den 19.Mai 1965
Schorndorfer Straße 28
Fernsprechanschluß:
Ludwigsburg Nr. 22221
bei Durchwahl 2222 App. Nr.

EINSCHREIBEN

An den

Herrn Generalstaatsanwalt
bei dem Kammergericht Berlin
-Arbeitsgruppe RSHA-

-1- B e r l i n -West
Kammergericht

Betr.: Philipp H i l l g ä r t n e r

Bezug: Dortige Verfügung vom 14.4.1965
-1 AR (RSHA) 1342/64-

Beil.: 1 Heft Akten

Der oben bezeichnete Vorgang wird hiermit nach Kenntnisnahme zurückgegeben.

(Schüle)

I-A-KJ 2
Eingang: 25. AUG. 1965
Tgb. Nr.: 1583/65
Krim. Kom.: 6
Sachbearb.:

32

Der Polizeipräsident in Berlin
- I -A- KI 2 - 2737/65 -

1 Berlin 42, den 6. Sept. 1965
Tempelhofer Damm 1-7
Tel.: 66 00 17 App. 3015

An

Hessisches Landeskriminalamt
Abt. V/SK
z.H.v.Herrn KOK W a l t h e r
o.V.i.A.

62 W i e s b a d e n
Hohenhofstr. 27

B.d.A.: 1112

Betr.: Ermittlungen gegen Angehörige des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes (RSHA) in Berlin wegen Mordes - Az. 1 Js 10/65 (RSHA) GeStA b. d. KG-Berlin -,

hier: Philipp H i l l g ä r t n e r, 3.3.1905 Stockstadt/Rh. geb., Stockstadt, Vorderstr. 47 wohnhaft.

Anlg.: 1 Bericht
1 Personalakte g.R.
1 Namensliste

Hessisches Landeskriminalamt Wiesbaden 15. SEP. 1965 V -SK-

Das o.a. Ermittlungsverfahren richtet sich gegen diejenigen Angehörigen des ehem. Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, die verdächtig sind, im Jahre 1944 an der Ermordung von 50 Kriegsgefangenen -RAF-Offizieren - mitgewirkt zu haben.

V.J. Darmst.

Ich bitte, baldmöglichst den Obengenannten unter Zugrundelegung des beigefügten Berichtes und unter Vorhalt der im beiliegenden Personalheft bereits enthaltenen Erkenntnisse über dessen Tätigkeit und Verwendung im RSHA, insbesondere in der Zeit von März bis Mai 1944 (Dienstrang, Dienststellung, genaue Angabe des Sachgebietes, Referates, der Gruppe und des Amtes z.B.: Amt V C 1 a) protokollarisch zu befragen.

Die Vernehmung soll sich unter Vorlage der beigefügten Namensliste auf folgende Fragen konzentrieren, wobei wiederum besonders die Zeit von März bis Mai 1944 interessiert:

a) Name und weitere Personalien der im Amt V C 1 (Fahndungszentrale) beschäftigten Personen einschließlich der Geschäftsstellen- u. Kanzleikräfte, insbesondere für Geheimsachen.

b) Wer waren die persönlichen Mitarbeiter oder Sekretäre bzw. Sekretärinnen der Beschuldigten Dr. S c h u l z e, A m e n d, B l e y m e h l, Dr. M e r t e n und S t r u c k (sämtlich im Amt V C 1 beschäftigt) ?

c) Wer waren die persönlichen Mitarbeiter oder Sekretäre bzw. Sekretärinnen des Amtschefs V, General der Pol.u.SS-Gruppenführer N e b e, bzw. seine Vertrauten ?

d) Wer war außer den Beschuldigten sonst in untergeordneter Stellung mit dem Fall Sagan beschäftigt oder könnte darüber Auskunft geben ?

e) War der Zeuge selbst mit dem Fall Sagan beschäftigt gewesen ?

f) Was weiß der Zeuge sonst von dem Fall Sagan aus eigener Wahrnehmung oder vom Hörensagen ?

g) Sind dem Zeugen Anschriften von ehem. RSHA-Vorgesetzten oder Kameraden bekannt ?
Wenn ja, bestehen noch heute Verbindungen ?

Durch die Vernehmung sollen die Personen im Amt V C 1 des RSHA festgestellt werden, insbesondere die Sekretärinnen und Kanzleikräfte, die möglicherweise Anhaltspunkte oder konkrete Einzelheiten darüber angeben können, welcher Beschuldigte (und ggfs. auf welche Weise) aufgrund des von Hitler erlassenen Sagan-Befehls die zur Exekution bestimmten britischen Offiziere ausgewählt hat oder sonst daran maßgebend beteiligt gewesen ist.

Ich bitte den Zeugen auf die vertrauliche Behandlung der vorliegenden Angelegenheit hinzuweisen.

Falls der Zeuge verzogen ist, bitte ich unter entsprechender Abgabenachricht um Weiterleitung meines Schreibens an die zuständige NSG-Sonderkommission.

Die Vernehmungsniederschrift wird hier in sechsfacher Ausfertigung benötigt.

I.A.

(Paul) KK

I -A- KI 2

1 Berlin 42, den 31.8.1965

B e r i c h t

In der Nacht zum 25. März 1944 flohen 80 kriegsgefangene Fliegeroffiziere - vornehmlich Engländer, aber auch Angehörige anderer Nationen im Dienste der englischen Luftwaffe - aus dem Stalag (Stamm-Lager) Luft III, das sich in Sagan/ Niederschlesien befand.

Sofort nach der Entdeckung der Massenflucht, die von der örtlich zuständigen Kriminalpolizeileitstelle Breslau dem RSHA in Berlin gemeldet worden war, ordnete General der Pol. u. SS-Gruppenführer N e b e, der Chef des Reichskriminalpolizeiamtes (Amt V des RSHA), die Einleitung der Großfahndung an. Sämtliche Kripoleitstellen und Kripostellen, alle Stapoleitstellen und Stapostellen sowie alle Grenzposten wurden durch gleichlautende Fernschreiben des Amtes V am 25. März 1944 von der Flucht der Kriegsgefangenen unterrichtet.

Bis zum 17. April 1944 waren noch 3 Kriegsgefangene flüchtig.

Der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, H i m m l e r, unterrichtete am 26.3. 1944 anläßlich des üblichen Lagevortrages auf dem Berghof bei Berchtesgaden auch H i t l e r von der Massenflucht der englischen Offiziere. H i t l e r erteilte H i m m l e r daraufhin den sogen. "Sagan-Befehl", den dieser in einer Fernschreibmeldung an den Chef der Sicherheitspolizei und des SD (RSHA), K a l t e n b r u n n e r, weitergab. K a l t e n b r u n n e r gab diesen Befehl in gekürzter Form an die Ämter IV (Gestapo) und V (RKPA) weiter. Sein Befehl soll sinngemäß wie folgt gelautet haben:

"Persönlicher Befehl des Führers.

Mehr als die Hälfte der wiederergriffenen Offiziere ist zu erschießen. Die Gestapo wird entsprechende Befehle erhalten. Die Gestapo wird die Kripo ersuchen, diese Gefangenen zu übergeben. Es wird äußerste Geheimhaltung befohlen."

N e b e ließ noch am 27. März 1944 den Leiter der Kripoleitstelle Breslau, Oberregierungsrat W i e l e n, nach Berlin kommen, zeigte ihm den Befehl K a l t e n b r u n n e r s und wies ihn an, die im Bereich der Kripoleitstelle Breslau wiederergriffenen Kriegsgefangenen auf entsprechende Anforderung der Gestapo an diese zu überstellen. Im Bereich Breslau war zwischenzeitlich der größte Teil der Flüchtigen festgenommen worden.

N e b e ließ sich weiterhin gemäß dem Führerbefehl die Listen der Entflohenen, die Meldungen über die erfolgten Festnahmen sowie die aus dem Stalag Luft III übersandten Personalakten der geflohenen Kriegsgefangenen vorlegen. Er wählte alsdann selbst die für eine Exekution in Frage kommenden Personen aus und machte seine Entscheidung im wesentlichen davon abhängig, ob der Betreffende verheiratet sei und Kinder habe. Diese Gefangenen sollten überleben.

Er ließ - nachdem er seine Entscheidungen in Zusammenarbeit mit den Angehörigen des Fachreferates V C 1 (Fahndungszentralen) im Laufe der folgenden Tage getroffen hatte - Listen der zu exekutierenden Gefangenen unter Angabe ihres derzeitigen Verwahrungsortes fertigen und schickte sie per Boten dem Amtschef IV, M ü l l e r, zu.

Es ist zu vermuten, daß auch die anderen Kripoleitstellen, in deren Bereich aus dem Lager Sagan entflohene Offiziere festgenommen waren worden, vom Amt V die Weisung erhielten, die Gefangenen auf entsprechende Anforderung der Gestapo an diese zu überstellen.

Nachdem somit die Auswahl der zu exekutierenden Flüchtlinge sowie die namentliche Meldung unter Angabe des derzeitigen Verwahrungsortes vom Amt V an das Amt IV gemeldet worden war, lag die weitere Ausführung des "Sagan-Befehls" in den Händen der Gestapo des Amtes IV.

Das Amt IV unterrichtete durch Fernschreiben diejenigen Stapoleitstellen und Stapostellen, in deren örtlichen Zuständigkeitsbereich die festgenommenen Gefangenen von Kriminalpolizeidienststellen verwahrt wurden, mit der Weisung, die Betreffenden von der Kripo zu übernehmen und zu erschießen.

Diese Fernschreiben hatten sinngemäß etwa folgenden Wortlaut:

"Auf Befehl des Führers sind die nachfolgend aufgeführten englischen Fliegeroffiziere

.....
.....
.....,

die sich im Gewahrsam der Kriminalpolizei ..... befinden, nach Überprüfung ihrer Identität "auf der Flucht" zu erschießen. Es ist Vollzugsmeldung zu erstatten."

Diese Fernschreiben waren als "Geheime Reichssache" deklariert, trugen keine Geschäftsnummern und waren vom Amtschef IV, M ü l l e r, unterschrieben. In diesen Fernschreiben war ausdrücklich bestimmt, daß sie im Eingangsbuch der empfangenden Dienststelle nicht eingetragen werden durften und nach Kenntnisnahme durch den Dienststellenleiter zu vernichten waren.

Die auf diese Weise angewiesenen Stapoleitstellen und Stapostellen holten die in ihrem Bereich einsitzenden Gefangenen von den Kripoleitstellen bzw. Kripostellen ab und fuhren sie in eine etwas abgelegene Gegend. Dort wurden die Kriegsgefangenen zum Aussteigen aufgefordert und alsdann hinterrücks erschossen.

Es wurden insgesamt 50 Fliegeroffiziere exekutiert:

Tatzeit	Stapo(leit)-stelle	Anzahl der Getöteten
März 1944	Breslau	27
29.3.1944	Kiel	4
29.3.1944	Saarbrücken	2
28.3.1944	Mährisch-Ostrau	2
29.3.1944	München	2
29.3.1944	Karlsruhe	1
April 1944	Straßburg	1
Ende März 1944	Danzig	4
?	Brux	4
?	?	3

Die die Erschießungen ausführenden Stapoleitstellen bzw. Stapostellen erstatteten weisungsgemäß Vollzugsmeldung an das Amt IV und vernichteten die Exekutionsanordnungen des RSHA.

Mai/Anfang Juni 1944 wurde die Erschießung der Fliegeroffiziere trotz der erfolgten Geheimhaltungsmaßnahmen bekannt. Das Foreign Office unternahm auf diplomatischem Wege Nachforschungen.

Müller berief daraufhin eine Konferenz in seinem Dienstgebäude in der Prinz-Albrecht Str. 8 in Berlin ein, an der außer ihm folgende Personen teilnahmen:

N e b e,	Amtsleiter V,
Dr. S c h u l z e	Gruppenleiter V C,
S c h a r p w i n k e l	Leiter der Stapoleitstelle Breslau,
und	
W i e l e n	Leiter der Kripoleitstelle Breslau.

M ü l l e r erklärte, daß nach Bekanntwerden der erfolgten Exekutionen mit dem Eintreffen einer internationalen Untersuchungskommission gerechnet werden müsse. Unter diesen Umständen seien die Meldungen der einzelnen Stapoleitstellen nicht mehr ausreichend. Er befahl daher die Erstellung neuer Meldungen in Form gewöhnlicher Fernschreiben (nicht mehr als Geheime Reichssache), um nicht schon durch die äußere Form der Berichte den Argwohn der Untersuchungskommission zu erwecken. Er ordnete an, daß das Erschießungskommando die "Fluchtfälle" nochmals an Ort und Stelle rekonstruieren sollte, um bei evtl. Nachforschungen den "Flucht" - oder "Widerstands" - Tatbestand hinreichend nachweisen zu können.

Entsprechende Weisungen erteilte M ü l l e r den anderen Stapoleitstellen.

Die betroffenen Stapoleitstellen erstatteten demgemäß unter dem alten Datum ihrer ersten Meldungen neue Berichte in ausführlicher Form. Inhaltlich wurde darin - der Wahrheit zuwider - ausgeführt, daß die Gefangenen während einer Rastpause oder während der durch eine Wagenpanne bedingten Fahrtunterbrechung geflohen und deshalb erschossen worden seien.

Diese Berichte waren an den Amtschef IV persönlich gerichtet.

(Hinkelmann), KM

N a m e n s l i s t e

N a m e: Vorname:	Geb.-Datum: Geb.-Ort	Dienstgrad:	Amt bzw. Dienststelle:
Dr. Absalon Günther	24. 1. 12 Ratibor/OS.	SS-O'Stuf	Kripoleitstelle Breslau
Amend, Kurt	2.12.04 Berlin	SS-Stubaf u. Krim.-Dir.	V C 1, V D 2
Dr. Altenloh, Wilhelm	25. 6.08 Hagen/Westf.	SS-Stubaf u. Reg.-Rat	IV C 3 u. V
Bauer verh. Büttger, Ilse	5.11.22 Stockeldorf/ Lübeck	Kanzlei-Angestellte	V
Bleymehl, Otto	23. 4.06 Riegelsberg	SS-H'Stuf u. Krim.-Kom.	V
Dr. Baum			
Boening, Wilhelm	11. 6.97 Ortelsburg	SS-Stubaf, RR u. KR, Oberstleutnant	V
Bossert, Walter	31. 5.03 Hannover	SS-Bewerber, KOA	V
Bröhl, Christian	21. 8.09 Marsdorf/ Köln	KS	EK Amt V
Brünner, Erich	17. 3.04 Weißenfels	SS-Stubaf u. Krim.-Dir.	V C 1
Brunner			stellv. Ltr. Kripoleit. Breslau
Burchardt			Exekutions-kdo. Danzig
Dammeier, Karl	11.12.10 Frankfurt/Main	KS	V
v. Dorpowski, Helmut	12.10.97 Dolgen	H'Stuf u. KR	V
Drescher			
Drygas, Bernhard	11. 9.98 Hermsdorf	KS	V
Dürr, Guido	19. 2.13 Stuttgart	SS-U'Stuf u. Krim.-Kom.	V
Engelmann, Heinz Günter	16.10.13 Berlin	SS-H'Stuf u. Krim.-Rat	V
Geibel, Julius	21. 3.93 Sulzbach Krs. Saarbrücken	Botenmeister	V

N a m e: Vorname:	Geb.-Dat.: Geb.-Ort :	Dienstgrad:	Amt bzw. Dienststelle
Gerth, Paul	27. 6.11 Berlin	KOA	V
Graevenitz		General	
Grosch		General	
Hillgärtner, Phillipp	3. 3.05 Stockstadt/ Rheinland	SS-Stubaf	V
Hoffmann, Gustav		KS	V Gst.
Hoischen, Anton	17.10.01 Paderborn	KS	V (RKPA)
Huerten, Karl Josef	21.11.01 Köln	Krim.-Kom.	V
Hunger, Bruno	3. 9.95 Brzerina	KOA	V - Gst -
Huppke, Ernst	6.12.03 Lauknen Krs. Labiau	KS.	V -Fahr- dienstleiter
Juhl			Fernschreib- stelle KPLSt Breslau
Karsch, Oswald	25. 4.00 Schönbrunn	SS-U'Stuf u. KS	V
Kratzsch, Georg	12.12.86 Zwenkau	Reg.-Ob.-Insp.	V - Gst -
Dr. Küssner, Herbert	29. 4.99 Königsberg	KR - KD -	V
Liebold, Otto	3.10.01 Frankfurt/Oder	KS - Blockleiter	V
Lindeiner		Oberst	Kommandant des Stalag III in Sagan
Lobbes, Hans-Friedrich	27. 4.96 Belzig/Mark		V
Loewert, Ferdinand	23. 7.16 Wien	KA	V
Lotze, Wilhelm	19. 7.93 Göttingen	KS u. SS-S'Scharf	V - EK -
Mahron o. Marohn, Hermann	20.12.84	PS	V - Gst -
Dr. Merten, Hans	24.10.04 Berlin	SS-H'Stuf u. KR	V
Meyer, Charlotte	5.11.07 Karlowo Krs. Bromberg	KK'in	Krim.Biol.Inst. d. RKPA

N a m e: Vorname:	Geb.-Dat.: Geb.-Ort :	Dienstgrad	Amt bzw. Dienststelle
Mohr, Peter	4. 7.08 München	Krim.-Kom.	V C 1
Neumann, Franz	31. 5.12 Rüstringen	KOS	V C 1 a
Radke, Ewald	30. 3.03 Berlin	SS-U'Stuf u. KS	V C -EK-
Reeder, Herbert	25.12.96 Berlin	SS-O'Stuf u. KK	V
Richert, Heinz (Hans)	20.10.00 Büssow/Neum.	KS	V
Scabel, Robert	29. 3.00 Botucatu/ Brasilien	KS	V
Sende, Johann	12. 5.92 Pannewitz	KS	V
Scheer, Fritz	3.10.90 Alsfeld	KOS	V C 1 f
Schubert, Karl	27. 1.97 Göttchendorf	SS-U'Stuf u. KS	V
Dr. Schulze, Richard	20. 9.98 Mainz	SS-O'Stubaf, Reg.- u. Krim.-Rat	V
Dr. Schumacher, Hans-Karl		SS-Stubaf	Vertr. d. Ltr. d. KPLSt Breslau
Starbatty, August-Friedrich	1.11.93 Osterode	SS-Stubaf u. Amtsrat	V - IKPK -
Struck, Bodo	24. 1.08 Berlin	SS-H'Stuf u. KK	V
Tackenberg, Wilhelm	26.10.02 Jagenau Krs. Wreschen	KS	V
Dr. jur. Teichmann, Ernst	27.10.05 (27.11.05 ?) Wien	SS-H'Stuf u. KR	V
Trittel, Fritz	24. 7.09 Sandberg	PS	V
Tronnier, Werner	15. 6.94 Ilfeld/Harz	SS-U'Stuf u. KOS	V - Gst -
Walde		Oberst	
Westhoff		General	
Wielen, Max		Ob.-Reg.-Rat	Leiter der KPLSt Breslau
Wirth, Walter	17. 9.15 Tangermünde	SS-U'Stuf u. PS	V

N a m e: Vorname:	Geb.-Dat.: Geb.-Ort :	Dienstgrad:	Amt bzw. Dienststelle
Wiss(ß)mann, Paul	16. 5.95 Bielefeld	SS-H'Stuf u. KOS	V
Wulf, Walter	8. 5.04 (8. 4.05 ?) Hamburg	SS-O'Stuf u. KK	V
Zachow, Rudolf	11. 9.00 Klein-Daberkow	POS - KS -	V -EK-
Zieke, Otto	13. 4.04 Klein-Krauss- nigk	KS	Amt V
Zimmermann, Elvira	9. 4. 09 Berlin	Kanzleiangest.	V

Dr. Christian Baumann
Oberregierungsrat im
RMJ-Hauptamt Sicher-
heitspolizei-Jnt.Nr. 30118o.

Darmstadt, den 25. März 1948.

30

Eidesstattliche Erklärung.

Die Bedeutung einer eidesstattlichen Versicherung ist mir bekannt. Ich weiss, dass die Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung strafbar ist. Mir ist auch bekannt, dass diese Versicherung im Spruchkammerverfahren des Amtsrats Philipp Hillgärtner verwendet werden soll.

Philipp Hillgärtner war in den Jahren 1937 - 1940 im Reichsministerium des Jnnern (Hauptamt Sicherheitspolizei) tätig. Vorher war er in gleicher Eigenschaft als Verwaltungsbeamter im Hessischen Jnnenministerium (Landesregierung) beschäftigt. Seine Dienstobliegenheiten im Hauptamt Sicherheitspolizei waren ausschliesslich die eines Verwaltungsbeamten, wie dies ja auch seiner Vorbildung entsprach.

Bis zum Beginn seiner Tätigkeit in Berlin besass Hillgärtner einen SS Unterführerdienstgrad der allg. SS Mit Beginn seiner Tätigkeit im Hauptamt Sicherheitspolizei (R.M.d.J.) kam Hillgärtner in die "Sonderformation SD" der SS und wurde im Rahmen dieser Formation seinem beamtenmässigen Werdegang entsprechend auch SS mässig angeglichen. Grundlage hierzu bot der "Dienstgradangleichungserlass". Zu bemerken ist, dass die Zugehörigkeit zur Sonderformation SD mit keinerlei SS Dienst verbunden war.

Jm Jahre 1940 wurde Hillgärtner Soldat.

Dr. Christian Baumann

Vorstehende Unterschrift des Dr. Chr. Baumann ist in meinem Beisein von dem Genannten eigenhändig vollzogen worden.

Darmstadt, den 4. April 1948

Deutsches Internierungslager
Darmstadt
Lagerselbstverwaltung
Hauptlagerleitung

DER VORSITZER DER
HAUPTLAGERLEITUNG

Jo.

Kriminalinspektion
- Darmstadt -

z.Z. Stockstadt/Rh., den 18. März 1965

In seiner Wohnung aufgesucht, macht der Kaufmann

Philipp H i l l g ä r t n e r ,
geb. 3.3.05 in Stockstadt/Rh.,
whft. Stockstadt/Rh.,
Vorderstraße 47,

mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht, folgende Angaben:

"In meinem Geburtsort Stockstadt besuchte ich 3 Jahre die Volksschule. Anschließend besuchte ich 8 Jahre die Realschule in Gernsheim/Rh. Diese verließ ich im Jahre 1922 mit der Primareife. Meinen Vorbereitungsdienst als Anwärter des gehobenen Dienstes (Verwaltungsdienst) absolvierte ich beim Landratsamt Groß - Gerau. 1925 legte ich mein Staatsexamen (Inspektorenprüfung) in Darmstadt ab. In der Zeit von 1925 bis 1928 war ich dann noch bei den Landratsämtern Mainz und Alsfeld. 1928 trat ich dann durch Versetzung meinen Dienst bei dem Hessischen Innenministerium in Darmstadt an. Bis zu meiner Versetzung nach Berlin im Jahre 1937 war ich bei dieser Behörde in der Registratur und der Buchhaltung beschäftigt. Im Jahre 1930 heiratete ich. Ich habe 2 Kinder. Während meiner Zeit beim HMdI in Darmstadt war ich dann später auch mit allgemeinen Angelegenheiten und dann mit Polizeiangelegenheiten beschäftigt.
Von 1935 bis 1936 leistete ich dann meinen Militärdienst, d.h., einen eigentlichen Militärdienst versah ich nicht, ich nahm lediglich an 2 Übungen teil.
Mit Wirkung vom 1.1.37 wurde ich durch Versetzungsverfügung des Reichsinnenministers zum Chef der Sipo nach Berlin versetzt. Diese Versetzung kam nicht auf Grund einer Bewerbung meinerseits, sondern von amtswegen.
Auf mein Betreiben hin wurde ich dann im Jahre 1940 zur Wehrmacht eingezogen. Ich kam als Gefreiter nach Frankreich und war in der Nähe von Besancon bei einem Infanterieregiment, ich glaube es war das Regiment 67, stationiert. Von dort aus wurde ich auf einen Truppenübungsplatz bei Frankfurt an der Oder verlegt.

Nach einigen Wochen wurde ich dann zum Militärbefehlshaber nach Paris als Kriegsverwaltungsamtmann versetzt. Meine Arbeit bestand in der Verwaltung des inneren Dienstes. Im Juli 1943 wurde ich von dort aus nach Dänemark zum"Bevollmächtigten des Deutschen Reiches" als Amtsrat versetzt. Meine Beförderung zum Amtsrat erhielt ich noch in Paris, ich war damit aus der Wehrmacht ausgeschieden. Nach einiger Zeit kam ich dann in das Internierungslager Horseröd als Verwaltungsführer und dann später als Leiter dieses Lagers. In diesem Lager waren führende dänische Persönlichkeiten aus Politik und Militär, später kamen dann dänische Widerstandskämpfer dazu. Dieses Lager ging dann später in das Lager Fröslev über.
Bis zu meiner erneuten Versetzung zum RSHA Berlin Ende Dezember 1944 leitete ich dieses Lager. Beim RSHA war ich dann in Abt. V - Reichskriminalamt - Büroleiter.

Im einzelnen möchte ich zu den an mich gerichteten Fragen folgendes angeben:

Zu 1: Eintritt beim RSHA am 1.1.37

Zu 2: Mein Eintritt erfolgte beim Amt I, Abt. 3.

Zu 3: Mein Dienstgrad beim Eintritt ins RSHA war Polizeiverwaltungsoberinspektor. Auf Grund der Angleichung an die SS - Dienstgrade war ich SS - Hauptsturmführer.

Zu 4: Während meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich nicht in andere Ämter oder Referate versetzt. Einen Auftrag zur Errichtung einer Geschäftsstelle beim Amt VI (Auslandsnachrichten) , den ich erhielt, konnte ich als geschulter Verwaltungsfachmann nicht verwirklichen, dessen war ich mir von vornherein klar. Deshalb betrieb ich meine Einberufung zum Heer. Der Grund für meinen Entschluß war der, daß ich mit meinen Prinzipien als Verwaltungsfachmann in Widerspruch mit den Angehörigen dieses Amtes geriet. Ich kann heute nicht mehr sagen, ob ich zur Erfüllung dieser Aufgabe beim Amt VI nach dort versetzt oder abgeordnet war.

Zu 5: entfällt - siehe Frage 4 -

Zu 6: In der Zeit meiner Zugehörigkeit zum RSHA wurde ich am 1.10.37 zum Pol. Oberinspektor (auf Grund einer Besoldungsangleichung) und am 1.11.39 zum Polizeirat befördert.

Zu 7: Polizeiverwaltungsinspektor, Polizeiverwaltungsoberinspektor und Polizeirat. Die SS - Angleichungsdienstgrade sind mir nicht mehr geläufig. Ich weiß, daß ich SS - Hauptsturmführer und SS - Sturmbannführer war, und zwar hatte ich den letzteren Dienstgrad bei Kriegsende, nachdem ich, wie bereits angegeben, in Paris zum Amtsrat ernannt worden war.

Zu 8: Bei allen vorgenannten Dienststellen bzw. beim Amt I und Amt V des RSHA übte ich die Tätigkeit eines Geschäftsstellenleiters aus. Diese Aufgabe umfaßte den internen Verwaltungsbetrieb, die Urlaubskontrollen des Verwaltungspersonals, die interne Dienstaufsicht der Verwaltungsregistraturen.
Über meine Tätigkeit in Dänemark verweise ich auf das Vorhergesagte.

Zu 9: Meine damaligen Vorgesetzten waren:
1. Ministerialdirigent Dr. Werner B e s t , Leiter des Amtes I, Während meiner Zugehörogkeit von 1937-1940.
2. Ministerialrat oder -dirigent P a n z i n g e r , Leiter des Amtes V, während meiner Zugehörigkeit von 1944-1945.
3. Regierungsrat T r i n k l , Amt I, Personalabteilung, Referent.

Von den Genannten ist mir weder der jetzige Wohnort, noch deren Verbleib oder nähere Personalien bekannt.
Soweit mir bekannt ist, wohnt Dr. B e s t irgendwo im Ruhrgebiet.

Zu 10: Außer der Leitung des Amtes I bzw. V sind mir keine weiteren Aufgaben meiner Vorgesetzten bekannt.

Zu 11: Ich habe keinerlei Verbindungen zu ehem. Kameraden aus dem RSHA.

Zu 12: Mir sind keine Anschriften ehem. Kameraden aus dem RSHA bekannt, außer der Anschrift des vorerwähnten Leiters des Amtes I, die ich mittlerweile bei meinen Papieren gefunden habe. Danach wohnt Dr. B e s t heute in Mühlheim/Ruhr, Stinnesstraße 52.

Zu 13: Ich wurde in einem Spruchkammerverfahren vor der Spruchkammer Darmstadt - Lager nach 3jähriger Internierung im

Jahre 1948 als Beschuldigter in Gruppe 3 - Minderbelasteter - eingestuft. Das Spruchkammerverfahren war auf Grund meiner Zugehörigkeit zur NSDAP, SS und dem RSHA eingeleitet worden. Nach einer Berufungsverhandlung im Jahre 1949 wurde ich in die Gruppe 4 - Mitläufer - eingestuft.

Zu 14: Von mir sind keine Angehörigen auf Grund von Dienstverpflichtungen oder auf sonst irgend-eine Weise zum RSHA gekommen.

Ich habe meine Angaben nach bestem Wissen und Gewissen gemacht. Die Zeitangaben habe ich z. T. aus meinen Unterlagen entnehmen können, z.T. habe ich sie aus dem Gedächtnis angegeben. Es wäre deshalb ~~mizink~~ möglich, daß geringfügige zeitliche Verschiebungen vorliegen können, die aber in keiner Weise Einfluß auf das von mir Geschilderte haben.

Außer in meinem Spruchkammerverfahren und meiner heutigen Vernehmung wurde ich noch von keiner Dienststelle in irgend einem Ermittlungsverfahren - weder als Zeuge noch als Beschuldigter - vernommen.

Geschlossen: ....gelesen, genehmigt u. unterschrieben:

(Reutzel), KM.

Kriminalinspektion
D a r m s t a d t

Darmstadt, 4. 10. 65

Vermerk:

Betr.: Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Angehörige des RSHA wegen Mordes (NSG), GStA beim KG Berlin, 1 Js 10/65

Heute wurde der Kaufmann

Philipp H i l l g ä r t n e r ,
geb. am 3. 3. 1905 in Stockstadt,
wohnhaft daselbst, Vorderstraße 47,

in seinen Geschäftsräumen aufgesucht. Es war beabsichtigt, ihn im Sinne des Ersuchens des PP Berlin - I - A - KI 2 - 2737/65 - vom 6. 9. 65 (Bl. 32 der Beiakten) zu vernehmen. Nachdem er mit dem Gegenstand seiner Vernehmung bekanntgemacht worden war, gab er eine mündliche Erklärung des Inhalts ab, daß er im Jahre 1944 bis Ende Dezember in Dänemark gewesen sei und zu dem hier angeschnittenen Fragenkomplex keinerlei Angaben machen könne. Gleichzeitig verwies er auf seine Vernehmung vom 18. 3. 1965, in der er erschöpfende Angaben gemacht habe.

(Friedrichs)
KHM